

Anhörung zum Sparhaushalt DIE LINKE „Wir schaffen das nicht mehr“

Norbert Hackbusch: Einen wunderschönen guten Abend in diesem schön gefüllten Saal. Ich freue mich, dass so viele hierher gekommen sind. Mein Name ist Norbert Hackbusch, ich bin der haushaltspolitische Sprecher und kulturpolitische Sprecher und noch ein paar Sprecher von der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. Ich freue mich, heute Abend neben mir Katja Kipping zu haben. Katja ist gerade in Hamburg und freut sich besonders, einen solchen Abend wie diesen hier eben auch mitbekommen zu können. Sie wird gleich noch ein paar Worte sagen. Und neben mir noch die gesamte Fraktion der Bürgerschaft, weil wir heute eben auch uns anhören wollen, wie die Situation in der Stadt ist und wie die Situation nicht nur in dünnen Zahlen ist, wie sie gegenwärtig im Haushalt dargestellt wird, den wir ja seit mehreren Wochen wälzen, sondern wie die Situation sich darstellt für die verschiedenen sozialen und kulturellen Einrichtungen in dieser Stadt, und dafür soll der heutige Abend eben dienen.

Wir haben, wie man schnell erkennen kann, ein hartes Regiment heute Abend, weil wir unheimlich viele Stellungnahmen haben. Wir haben etlichen auch absagen müssen, aber wir freuen uns trotzdem darüber, dass diejenigen, die hier sind, jetzt auch hier sind. Ich will sie jetzt nicht alle vorstellen, weil sie sich ja alle in gewisser Weise dann vorstellen werden, wenn sie etwas darstellen. Wir werden leider ein relativ kräftiges Regiment so machen müssen, dass wir sagen müssen, nach fünf Minuten muss der Beitrag zu Ende sein, denn sonst sitzen wir morgen früh noch hier. Das ist vielleicht auch ganz lustig, aber die meisten wollen das wahrscheinlich nicht machen. Sabine wird zwischendurch die Klingel läuten, und dann werden wir mal sehen, dass wir das auch einigermaßen so hinbekommen. Es ist auch schöner, wenn man das kurz und prägnant macht. Wir freuen uns auch darüber, wenn es offizielle Stellungnahmen noch gibt schriftlicher Art, die wir dann auch veröffentlichen werden. Insgesamt ist es so, dass ich Euch bitten möchte, die Mikrofone anzustellen, weil es so ist, wir werden diese Sachen aufnehmen, und wir werden sie in gewisser Weise auch praktisch weiterverbreiten, denn das Wichtige ist für uns auch, dass wir uns hier praktisch austauschen und dass wir auch versuchen, wollen

mal sagen, von allen sozialen und kulturellen Einrichtungen eine gemeinsame solidarische Grundlage zu finden und dass das Wichtige eben für uns auch ist, praktisch sich darüber auszutauschen und auch wieder mehr Solidarität unter uns bringen zu können, weil es häufig doch so ist, dass eine Einrichtung gegen die nächste ausgespielt wird, ein sozialer Strang gegen den nächsten. Und unsere Aufgabe als Linke finden wir besonders wichtig, dagegen aufzutreten und dagegen etwas zu machen.

Jetzt werde ich das Wort noch mal an Katja Kipping, die muss leider nach einiger Zeit schon weg, weil sie noch eine Veranstaltung hat, aber wir freuen uns trotzdem, dass sie da ist.

Katja Kipping: Einen schönen guten Abend auch von meiner Seite. Ich bin vor Monaten schon von GEW und Verdi hier in Hamburg eingeladen worden zu einer Veranstaltung, und als ich dann hörte, dass es am heutigen Abend auch diese Anhörung gibt, war für mich klar, da komme ich noch vorbei, auch wenn ich leider wegen der schon länger geplanten Veranstaltung nicht bis zum Ende bleiben kann, zumal ich dort auch auf dem Podium bin. Und es wäre blöd, wenn der Thomas Ebermann ganz allein diskutieren müsste. Ich hörte, der braucht mal einen Gegenpart zum Debattieren.

Aber nun zum Thema dieser Anhörung. Also als die Schuldenbremse oder das Spardiktat so stark gemacht wurden und ins Grundgesetz kamen, hieß es ja immer, das sei im Interesse der jungen Generation. Und ich finde es schon bemerkenswert, auch wenn man die aktuellen Rentendebatten sich anschaut, für was die junge Generation so alles herhalten muss. Und wir als Linke haben immer klar gesagt, also wenn die soziale Spaltung zunimmt, wenn das Sozialstaatsprinzip vernachlässigt wird, wenn zukunfts wichtige Investitionen unterlassen und wenn sich das gesellschaftliche Klima verschärft, dann leiden darunter alle Generationen. Und es sind vor allen Dingen die Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen, die besonders darunter leiden. Und deswegen fanden wir es immer notwendig, deutlich zu machen, es ist eben kein Generationenkonflikt, um den es bei der Frage geht, sondern es ist wirklich eine Auseinandersetzung zwischen denjenigen, die wenig haben bis gar nichts, und denjenigen, die sehr viel haben. Deswegen kämpfen wir auf Bundesebene natür-

lich vor allem darum, dass sich die Einnahmeseite deutlich verbessert, also man könnte auch mit einer Schuldenbremse leben, wenn es denn eine ordentliche Millionärsbesteuerung gäbe oder eine ordentliche Besteuerung von reichen Millionärserven und dann auch die Länder in einer anderen Haushaltssituation sind. Wir sagen aber auch, dass sozusagen Sparen an sich überhaupt kein Selbstzweck ist.

Ich war auch aus einem anderen Grund sehr begeistert von der Anhörung, und zwar gibt es ja Parteien, die ein großes Herz für Lobbyisten haben, die müssen sich auch kaum aus dem Bundestag rausbewegen, die kommen immer zu Ihnen. Für uns war es wichtig, ist es wichtig, immer das Gespräch mit denjenigen zu suchen, die sich keine gut bezahlten Lobbyisten leisten können, die sich nicht die großen Champagner- und Whiskey-Empfänge leisten können. Wir sagen, wir reden vor allen Dingen mit den Expertinnen und Experten des Alltags hierzulande. Nun findet ja politische Kommunikation ganz oft im Fernsehen und übers Internet statt, aber eines kann weder Twitter noch eine Talkshow ersetzen, das ist das direkte Gespräch. Und es ist uns wichtig, im Gespräch zu sein mit den Expertinnen und Experten des Alltags. Auf Bundesebene wird gerade unser Wahlprogramm so erarbeitet, dass wir ganz am Anfang sagen, wir ziehen nicht rum und erklären schon mal allen, was unserer Meinung nach drin sein muss, sondern wir stellen zu allererst die Frage, was muss denn drin sein aus Sicht der Expertinnen und Experten des Alltags. Und vor dem Hintergrund fand ich es sehr gut, dass die Linke-Fraktion hier in Hamburg halt das Thema Haushaltsdebatte so aufzieht, dass man nicht erklärt, wo es überall das Geld nicht gibt, sondern zu allererst halt die verschiedenen sozialen und kulturellen Einrichtungen fragt, wo denn der Schuh drückt. Und insofern freue ich mich sehr, hier zu sein und auch eine Weile zuhören zu können. Vielen Dank, dass Ihr mich gleich mit eingeladen habt.

Norbert Hackbusch: Bevor ich in die Runde gebe, will ich noch einige wenige Worte sagen. Das eine ist noch mal, wir haben natürlich einiges mehr zu erzählen, politisch auch, als dass wir jetzt hier praktisch nur Stimmen einsammeln. Wir haben dafür dort hinten an dem Tisch eine Broschüre gemacht, wo wir gesagt haben, wie ist die Situation zum Hamburger Haushalt insgesamt. Da geht es ja sowohl um das Thema der Transparenz, denn es ist eine neue Haushaltssystematik, darüber will ich auch

gar nicht so viel jetzt sagen, aber die wir dort praktisch kritisch beleuchten und wo wir eben auch noch mal eine deutliche Kritik in gewisser Weise an der Schuldenbremse durchführen. Das ist eben dort auch mit ein bisschen mehr Inhalten insgesamt vorgesehen, wie auch die neue Ausgabe der Backbord, wo wir über diese Fragen eben praktisch auch in einer populärer Art und Weise noch mal das darstellen.

Ich will zwei Punkte vorher noch mal kurz prägnant sagen, weil sie eigentlich übergreifend wirken. Das eine ist die Situation, dass wir feststellen, dass der Hamburger Haushalt und die Art und Weise, wie SPD und Grüne ihn aufgestellt haben, wie auch der Haushalt davor im Wesentlichen gerichtet ist gegen die Beschäftigten in dieser Stadt, die im sozialen und kulturellen Bereich arbeiten. Da gibt es die markante Zahl von entweder 1,5 % oder 0,8 % oder 0 %, die nur ausgeglichen wird im Zusammenhang mit Steigerung. Das wirkt am Anfang nicht so bedeutend und wichtig. Aber natürlich weil wir wissen, dass die Tarifsteigerungen viel höher sind, bedeutet das nach einiger Zeit, wollen mal sagen, schon nach fünf Jahren, wenn man 1 oder 2 % praktisch nicht ausgeglichen hat, bedeutet das ja 5 bis 10 % Kürzungen. Und wir haben schon mehrere Jahre davon hinter uns. Deswegen ist das kräftig und prägnant. Die Äußerung dazu ist, dass man das mit, wollen mal sagen, höherer Produktivität ausgleichen sollte. Wir wissen aber alle im sozialen und kulturellen Bereich, dass höhere Produktivität nur bedeutet, entweder arbeitet man schneller oder man macht weniger Leistung im sozialen und kulturellen Bereich. Das ist generell das Prinzip, und das ist generell dasjenige, was wir dort kritisieren.

Das zweite Wichtige, und wir werden dazu auch einen allgemeinen Antrag machen, das zweite Wichtige ist noch mal die Situation mit der Schuldenbremse. Die Schuldenbremse wirkt am Anfang in gewisser Weise nicht so dramatisch. Oder viele haben das Gefühl, das ist jetzt gegenwärtig, weil Hamburg ja noch nicht mal das ausnutzt, was es praktisch gegenwärtig an Steuereinnahmen hat. Und dementsprechend könnte man in gewisser Weise vieles an Forderungen, was wir jetzt haben, vielleicht sogar in diesem Rahmen gegenwärtig ausfüllen. Das Dramatische an der Schuldenbremse, und deswegen muss man sie bekämpfen, als Prinzip ist, dass sie aufhört, die politische Verantwortung darin zu übernehmen, was haben wir eigentlich an Bedarf in dieser Stadt, was brauchen wir im sozialen und kul-

turellen Bereich, und diese Diskussion aufhört, sondern stattdessen sagen, wir haben eine Obergrenze, wir haben das und das Geld, und was anderes gibt es für die sozialen und kulturellen Bereiche nicht. Wir arbeiten dort anders. Und deswegen ist diese Anhörung für uns auch so wichtig. Wir sagen, wir wollen in dieser Stadt diskutieren, was sozial benötigt wird, was kulturell benötigt wird, und dann gibt es eine Diskussion darüber, wie man das bezahlen kann. Das bedeutet dann Einnahmesteigerung, das bedeutet aber eben nicht, dass das Moment der Schuldenbremse als politisches Prinzip gilt, sondern wir eine wichtige politische Steuerung dieser Stadt haben wollen. Und das ist eine der wichtigen Sachen, weswegen wir generell gegen die Schuldenbremse sind und dieses politische Prinzip falsch finden.

So weit zu meinen kleinen einleitenden Worten. Ich will das einfach nur noch mal sagen, weil es so ein bisschen ja auch das Übergreifende ist, an dem wir insgesamt arbeiten. Und ich freue mich jetzt auf einen Abend, wo wir hoffentlich sehr kurz und prägnant eben auch die verschiedenen Situationen darstellen können, die es so gibt. Wir werden praktisch so vorgehen, dass wir von links – wir sind ja Die Linke, fangen wir links an – bis nach rechts so langsam uns vorarbeiten, dass die Einzelnen sich am besten dann kurz vorstellen und sagen, woher sie eigentlich kommen, was ihre wesentlichen Punkte sind und ihre Kritikpunkte und wirklich versuchen, das markant in höchstens fünf Minuten hinzubekommen, das wäre uns sehr wichtig, denn sonst läuft uns diese Veranstaltung aus dem Rahmen. Danach kann man ruhig Verständnisfragen stellen, aber Statements und Diskussionen müssen wir am Ende machen, sonst läuft das völlig aus dem Ruder. So weit, ich glaube, das ist die beste Art und Weise, und derjenige, der als Erstes was sagen will, ist Burkhard. Burkhard stellt sich am besten selber vor, bevor ich das noch mal mache.

Burkhard Czarnitzki: Das ist eine gute Idee. In fünf Minuten – ich reiße mich zusammen, ich bin als Schnellredner bekannt. Ich steige mal ein, als Leitungskollege, also Abteilungsleiter Jugendsozialarbeit bei dem Träger Basis & Woge e.V., damit auch Leiter des KIDS, Anlaufsteller für Straßenkinder, der größten Straßenkindereinrichtung Deutschlands, aktuell selbst auf der Straße, weil wir kein Dach überm Kopf haben.

Ich würde aber gern anders einsteigen, als Leitungskollege, weil gerade das Thema Tarif war, das mache ich nur ganz kurz. Wir freuen uns nicht über Tarifsteigerungen, und das finde ich ziemlich brutal. Eigentlich würde ich mich gern freuen, aber wir haben ein geteiltes System, nicht alle kriegen automatisch Tarifsteigerungen, obwohl wir in dem Verein an den TV-L angegliedert sind. Das macht Schmerzen, finde ich, das ist schade. Zum Thema gedeckelter Haushalt würden mir unheimlich viele Sachen einfallen, auch da, weil ich zu wenig Zeit habe, nur in Kürze: Ich finde es für mich skandalös, dass ich mich nicht darüber freuen kann, dass ich viele erfahrene gute Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in meinen Teams habe, denn die sind zu teuer. Sind die alle auf TV-L-Endstufe, muss ich irgendwie rumhangeln und hoffen, dass sie eventuell schwanger werden oder freiwillig ausscheiden, damit ich einen jungen Kollegen einstellen kann, damit ich mit einem gedeckelten Haushalt klarkomme? Das ist vom Lenken und Leiten total nervig. Und dass wir zum Beispiel in Projekten eine Finanzierung nur dadurch hinkriegen, dass die Leitungskollegin drei Monate einen unbezahlten Urlaub macht, das ist schon fast skandalös.

Ich wollte aber gern einen anderen Faden aufnehmen, denn es geht um das KIDS, und das ist vielleicht einigen Leuten bekannt. Wir mussten am 7. Oktober die Räumlichkeiten verlassen, und da passierte etwas, und das nenne ich jetzt mal, Träger, also wir, trifft auf eine Behörde, die BASFI, und auf den Bezirk, und das hat es in sich. Und wenn man sich dann noch Unterstützung durch die Opposition holt, durch Die Linke, dann stößt man in ein Wespennest. Das ist teilweise spannend und teilweise extrem ernüchternd bis hin zu, dass gute Aktion wie zum Beispiel, dass junge Menschen ihre Einrichtung erobern, still und heimlich und phantasievoll sich anketten und dafür kämpfen, dass sie drin bleiben, wir hätten das sozusagen forciert – es gab gute Reaktionen von Sabine zum Beispiel, die sagte, wir haben dafür gesagt, dass sie sich um das Thema Demokratie kümmern, dass sie sozusagen für etwas für sich persönlich kämpfen, und das wollen wir denen ja beibringen. Und dann kämpfen sie, und dann wird uns das zwischen die Beine geschmissen. Das war ziemlich schade.

Die aktuelle Situation zum KIDS ist so, wir wussten seit einem Jahr, dass wir dort raus müssen, weil in der Immobilie der Hauptmieter rausging, das war die Finanzbehörde, und damit hatte dieses Haus eine andere Option

für den Besitzer. Dazu muss man wissen, dass dieses Gebäude vor einigen Jahren in staatlichem Besitz war und dann verkauft wurde, wie so viel Tafelsilber in Hamburg. Zum Thema Spardiktat kann man sagen, ja, vielleicht ist es jetzt gerade so, dass man sparen muss, aber als man noch hatte, hat man Immobilien verkauft, und zwar ziemlich günstig, aber in einem großen Volumen. Bloß wo ist das Geld geblieben und warum hat man denn nicht Sorge getragen, dass Einrichtungen wie wir, die sich um Straßenkinder kümmern, nicht auch die Option kriegen, dort drin zu bleiben? Das Finanzamt ja, wir nicht. Das finde ich ziemlich schade.

Und dann passierte Folgendes, dass wir als Träger natürlich uns auf die Suche begeben haben, im innerstädtischen Bereich eine Immobilie zu finden, wo wir bleiben können. Das hatte zwei Probleme, a) es gibt sie nicht, und b) mussten wir in einem Marsch durch einen Dschungel sämtlichen Leuten erklären, warum wir so unbeweglich und so wählerisch sind, nämlich dass wir auch dort vor Ort bleiben, nämlich da, wo die Straßenkinder sind. Und die sind nun mal am Hamburger Hauptbahnhof, in der Regel zwischen 400 bis 500 junge Menschen pro Jahr, die wir erreichen. Man hat uns nahe gelegt, man könnte auch woanders hingehen, ans Berliner Tor oder irgendwo anders, und ich habe dann immer reagiert und habe gesagt, es würde nie jemand der Wasserschutzpolizei nahe legen, wenn sie am Hamburger Hafen nicht mehr sein kann, an die Alster zu gehen, weil da doch auch Wasser ist. Das hat man uns als unbeweglich ausgelegt. Es ist so, wir gehören dahin, wo die Straßenkinder hin, denn dort erreichen wir sie. Das war extrem mühselig. Es ist jetzt in vielen, vielen Köpfen angekommen, Gott sei Dank hat man eine große Unterstützung, aber es ist in den Köpfen angekommen, aber nach wie vor ist es total mühsam. Jetzt haben wir keine Lösung gefunden, wir haben kein Gebäude, die Kollegen sind selber auf der Straße. Wir kommen in ein Provisorium, acht Container auf einer Fläche sehr nah am ehemaligen Standort. Aber damit hat sich das nicht erledigt, also a) haben wir nur ein Provisorium, und b) gibt es eine Lesensart, die heißt, du bist Zuwendungsempfänger, also bist du für die Immobilie auch zuständig, das heißt, du musst dich drum kümmern, dass da alles hinkommt, was du brauchst, Wasser, Strom, Abwasser, Telefon. Schon fünf Minuten? Okay, das ist sehr anstrengend, und wir haben es nicht erreicht.

Norbert Hackbusch: Tut mir sehr Leid, Ihr habt natürlich auch eine besondere Situation.

Burkhard Czarnitzki: Du hast geschummelt, das kann niemals sein. Das waren niemals fünf Minuten.

Norbert Hackbusch: Doch. Ich schummle nicht, würde ich mal so sagen. Wir machen das jetzt mit Zeichen nach vier Minuten, dann winken wir irgendwie mit einer Fahne oder so. Also wenn Du jetzt noch mal kurz –

Burkhard Czarnitzki: Ich kriege noch drei, vier Sätze. Also wir müssen uns darum kümmern, dass wir Strom, Wasser, Abwasser kriegen, und die Unterstützung durch den Bezirk ist sehr schwierig. Man lässt uns da ein bisschen im Regen stehen. In dem Augenblick, wo wir etwas skandalisieren, kommt man in die Gänge, es kann aber nicht sein, dass für eine so große Einrichtung, eine soziale Einrichtung sich der Träger – ich hätte Architektur studieren sollen, dann hätte ich das vielleicht geschafft, aber ich bin kein Architekt, ich bin Sozialarbeiter. Wir sind in dem Provisorium, und das wird hoffentlich am 14. November mit Strom und Wasser – und wenn nicht, wenn wir keinen Strom und Wasser haben, dann werden wir trotzdem reingehen, dann werden wir dort mit Kerzen heizen, denn wir brauchen ein Dach überm Kopf. Aktuell ist es arschkalt draußen, unsere Kinder und Jugendlichen leiden. Vielen Dank. Entschuldigung, noch einen Satz. Ich muss heute leider noch die Kostenvoranschläge bearbeiten, deshalb kann ich auch nur noch eine halbe Stunde bleiben.

Norbert Hackbusch: Ja, danke, gut. Stephan, wir machen gleich weiter.

Stephan Baerwolf: Mein Name ist Stephan Baerwolf, und ich spreche hier für die Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung. Wir sind ein Fachverband, und in uns sind organisiert sozusagen alle Kolleginnen und Kollegen, die in Erziehungsberatungsstellen arbeiten. Also wir sind kein Träger von Beratungsstellen. Und in Hamburg gibt es ja zwanzig solcher Erziehungsberatungsstellen, elf davon in kommunaler und neun in freier Trägerschaft. Und um jetzt unsere Situation ein bisschen besser zu verstehen, muss man ein kleines bisschen zurückschauen, und zwar in das Jahr 2011. Da hat nämlich der Rechnungshof einen Prüfbericht veröffentlicht, und in dem hat er den Senat aufgefordert, drei Sachen zu erreichen oder umzusetzen. Das Erste war, dass einheitliche Qualitätsstan-

dards für Erziehungsberatungsstellen formuliert werden. Das Zweite, dass es wie bei den kommunalen Beratungsstellen auch bei denen in freier Trägerschaft eine pauschale Finanzierung geben sollte statt einer Finanzierung durch Fachleistungsstunden, wie das bisher der Fall war. Und drittens, dass der freie Zugang der Eltern zur Erziehungsberatung gesichert sei, das heißt also, dass sie sich an Beratungsstellen wenden können, ohne dafür einen Antrag beim Jugendamt, beim ASD stellen zu müssen. Und wir als LAG haben diese Ziele auch unterstützt, nur leider sind diese jetzt bei der Umsetzung des Konzepts in den Konflikt zwischen Senat und Bezirken geraten und in dieser Mühle sozusagen auch weitgehend zerrieben worden, was vielleicht auch nicht verwunderlich ist. Während nämlich die Fachaufsicht bei der BASFI liegt, sind die Beratungsstellen ja de facto bei den Bezirken angebunden, also was Dienstaufsicht und Finanzierung angeht. Und grob gesagt haben sich die Bezirke jetzt geweigert, diese Qualitätsstandards auch zu quantifizieren, weil sie gesagt haben, also wenn der Senat uns sozusagen nicht die Finanzierung sichert, dann stimmen wir dieser Quantifizierung nicht zu, mit dem Effekt, dass man in dem Rahmenkonzept praktisch überhaupt keine zahlenmäßigen Aussagen findet, sondern also zum Beispiel darüber, wie viele Beratungsstellen es geben soll oder wie viele Kolleg_innen, Fachkräfte mindestens in einer Beratungsstelle arbeiten müssen. Also darüber findet man nur so eine ganz vage Aussage, die heißt dann, um ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten, wird angestrebt, die Erziehungsberatungsstellen stabil zu halten. Also eine sehr vage und außerdem noch ein bisschen merkwürdige Formulierung. Bedeutet also, es gibt wirklich keine bezirksübergreifende Planung und Entwicklung von Erziehungsberatung, und es gibt auch keine Bestandsgarantie für die bestehenden Einrichtungen, was sich dann bei zum Beispiel anstehenden Berentungen von Kolleg_innen in den kommunalen EBs jedes Mal in der bangen Frage niederschlägt, ob denn die Stelle wieder besetzt wird. Die Beratungsstellen in freier Trägerschaft leiden darunter, dass die Stellen nicht wirklich auskömmlich finanziert sind, weil eben die Träger jeweils einen Eigenanteil erbringen müssen, was besonders für kleine Träger ein echtes Problem ist.

Die Auswirkungen dieser Politik kann man jetzt besonders deutlich im Bezirk Mitte beobachten, und dort ist es so, dass es nur eine Beratungsstelle

gibt, und alle wissen ja, dass das ein riesiger Bezirk ist, der auch sich über ein ganz großes, langes Gebiet erstreckt. Und diese Beratungsstelle, ich rede ein bisschen schneller, diese Beratungsstelle liegt im Stadtteil Wilhelmsburg und ist nur für Wilhelmsburg und Veddel zuständig. Der restliche größte Teil des Bezirks von St. Pauli bis nach Billstedt, da gibt es also für die Eltern keine Möglichkeit zu einem freien Zugang, sondern sie können sich nur an Stellen wenden, die sie dann wiederum an den ASD verweisen. Das bedeutet also, die Forderung, die in dem Rahmenkonzept selber ja formuliert ist und die auch der Rechnungshof formuliert hat, die ist halt für den größten Teil des Bezirks nicht erfüllt. Wenn man sich jetzt mal den Spaß macht und zum Beispiel den Versorgungsgrad von dem Bezirk Wandsbek übersetzen würde auf den Bezirk Mitte, dann ergibt sich daraus, dass man zehn Fachkräfte noch einstellen müsste, was natürlich auch sehr sinnvoll ist, denn man könnte dann zum Beispiel drei Beratungsstellen noch in St. Georg haben und in Billstedt einrichten, was uns ja total sinnvoll erschiene. Aber wenn man das formuliert, dann erscheint man natürlich schon als Träumer.

So, jetzt muss ich noch mal den Rest weglassen und das Wichtigste sagen. Also ich glaube, eine Schwierigkeit von Erziehungsberatung ist, dass sie eben jenseits von öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit ja meistens so mehr im Verborgenen arbeitet. Dabei ist es durchaus so, dass jedes dritte Kind im Laufe seines Aufwachsens mal mit Erziehungsberatung in Kontakt kommt, also dass es durchaus in der Jugendhilfe eine sehr verbreitete Interventionsform ist. Und wir denken natürlich, dass es halt sehr sinnvoll wäre, diesen Bereich weiterzuentwickeln, da gibt es bestimmt viele Perspektiven, also wie man Erziehungsberatung für die Integration von Migranten einsetzen kann oder noch mehr mit anderen Jugendhilfeeinrichtungen vernetzen könnte. Aber dazu brauchte man halt auch eine Fachbehörde, die bereit ist, Initiative zu übernehmen, Geld in die Hand zu nehmen und sich mit Bezirken und Beratungsstellen zusammzusetzen, um so ein weiterentwickeltes Rahmenkonzept zu formulieren. Danke schön.

Norbert Hackbusch: Danke, Stephan. Wir verlieren im Moment ein bisschen, aber einige werden vielleicht auch schneller sein als fünf Minuten, das ist so ein bisschen unsere Hoffnung. René.

René Clair: Ich weiß nicht, ob ich da der Richtige bin, aber gut. René Clair, Straßensozialarbeit Neuwiedenthal. Gleichzeitig sitze ich hier ein bisschen für die Joachim-Herz-Stiftung, nicht offiziell, aber über die se- gensreiche Einrichtung, wir haben ein Heimspiel, für Bildung in Neuwie- denthal, ein zehnjähriges Projekt der Joachim-Herz-Stiftung, und sitze vor allen Dingen auch hier für die Landesarbeitsgemeinschaft Straßensozial- arbeit hier in Hamburg. Neuwiedenthal oder der Süderelberaum zeichnet sich zurzeit dadurch aus, dass meine Kolleg_innen und ich für etwa 12.000 Einwohner zuständig sind, in aller Bescheidenheit. Süderelbe hat ungefähr so 23.000, 24.000 Einwohner, und wir kriegen jetzt die Kleinig- keit von ungefähr 15.000 neuen Einwohnern dazu. So, und da kann man sich dann so in etwa, Sabine weiß das alles im Detail, das brauche ich jetzt alles nicht zu erzählen, kann man sich vorstellen, was so bei uns da draußen so los ist vor dem Hintergrund folgender Sachen, und ich rattere das jetzt mal runter, vielleicht bin ich dann doch schneller, was so alles passiert ist oder passiert. Ein Teil der Einrichtung, das betrifft den ASD All- gemeiner Sozialer Dienst wie auch das HDJ, wie auch die Straßensozial- arbeit, wie auch die Spielhäuser. Die funktionieren überhaupt nur noch deswegen, weil wir quasi unseren gesamten Haushalt, den wir haben, für Honorarkräfte aufbringen. Sonst würde das alles überhaupt nicht mehr funktionieren. Das halte ich unter Arbeitnehmerge Gesichtspunkten für schlicht eine Katastrophe, unter diesen fachlichen Sachen sowieso, das geht uns nicht anders, also wir gehören zum Jugendamt, nicht anders als Euch auch, leider, leider. So, und was Kontinuität angeht, das ist gleich null. Gerade vorhin habe ich gehört, im ASD, Sabine, in Süderelbe gehen schon wieder die nächsten Leute. Wir haben eine Fluktuation, das ist un- fassbar. Und das ist für Familien – man muss sich ja einfach nicht nur die Mitarbeiter vorstellen, sondern auch die Familien, die davon betroffen sind, die müssen immer allen Leuten ihre Lebensgeschichte neu erzählen. Das finde ich so was von entwürdigend und katastrophal, und ich weiß nicht, ob sich da irgendjemand von denen, die da in der Hamburger Stra- ße sitzen, Gedanken drüber macht, was das eigentlich mit Menschen macht. Und wie gesagt, dann dazu noch, dass wir praktisch nur noch le- bensfähig sind, dadurch dass wir fehlende Stellen und fehlende Gelder mit Honorarkräften ausgleichen. Katastrophe. So, 1.

2 passt in dasselbe Horn, Stellenbesetzung der Abteilungsleiterstelle bei uns für den Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit hat jetzt drei Jahre gedauert, drei Jahre. Und das sind so Ersparnisse, würde ich mal so hochrechnen, von knapp 200.000 Euro, die man mal einfach so eben spart, indem man Stellen nicht besetzt, um das auch mal zu quantifizieren. Dann treibt uns in der LAG natürlich um zum Beispiel, dass einfach so klammheimlich und still eine Dienststelle nach der anderen zugemacht wird. Da geht es uns wie Euch, es gibt keine Bestandsgarantie, es gibt kein Konzept für Straßensozialarbeit in Hamburg. Und als Letztes ist jetzt gerade zugemacht worden die Dienststelle in Hamburg-Horn, die beiden Straßensozialarbeiter ersatzlos gestrichen. Und wir haben ein paar Kollegen, auch in Neuwiedenthal, die dürfen dann jetzt irgendwann mal in Ruhestand gehen. Und es ist völlig unklar, ob die Stellen besetzt werden, was mit den Einrichtungen passiert. Das letzte Mal, das ist die Schließung des Spielhauses in Sandbek, da wurde einfach, und das lässt Böses ahnen, mit der Zurruhesetzung der Kollegin das Spielhaus dann zugemacht und das Grundstück an die Bahn zurückgegeben, wie das immer so ist. Und so ist Sandbek – auch ein Stadtteil, das sind fast 7.000 Einwohner, die das Spielhaus nicht mehr haben und auch sonst nicht mehr so fürchterlich viel an Infrastruktur.

Dann betrifft uns natürlich auch das, was Burkhard schon sagte, die katastrophale Situation im KIDS. Und ich sage mal, aus meiner Sicht ist das natürlich keine Lösung. Es ist peinlich für eine Stadt wie Hamburg, dass man so eine wichtige Einrichtung, die über Jahrzehnte Superarbeit macht, in Containern jetzt platziert. Da fällt mir nur noch Großkapital ein und so alle linken Schlagworte gleichzeitig. Das ist auch der Hintergrund. Und das finde ich beschämend für die Stadt, dass Ihr heute immer noch nicht wisst, ob Ihr Wasser und Strom habt. Also das ist ein Skandal an sich sowieso schon. Aber leider betrifft das ja auch die überregionalen Straßen- und Sozialarbeiter von SIDEWALX. Du musst sagen, wenn ich was Falsches erzähle, am Steindamm 11 hat Basis & Woge e.V. ja den Hauptsitz sozusagen, und da gibt es auch räumliche Kündigungen, sodass die Kollegen dann auch nicht wissen, wo sie demnächst ihr Büro haben. Ich erinnere an die äußerst schwierige Wiederbesetzung, weil das auch blockiert worden ist, der Ärztinnenstelle im Café Sperrgebiet in St. Georg. Das hat sich

auch über Jahre, glaube ich, hingezogen, bis sie dann durften, dass da im Rahmen der Prostituiertenarbeit eine Ärztinnenstelle wieder besetzt werden durfte. Ich erinnere daran, was seit der letzten Anhörung passiert, die schwierige Situation bei den Straßensozialarbeiterkollegen Straßenpflaster in Altona, wo es auch ganz große Probleme mit Wiederbesetzung von Stellen gibt oder auch jetzt Stellenstreichungen.

Und was ich ganz toll finde, diese Woche, ganz brandaktuell, ich hatte dieses Jahr ein großes Projekt mit Menschen, mit Jugendlichen vor, das hat richtig viel Geld gekostet, aber weil die alle selber kein Geld haben, dachte ich, fahre ich doch mit denen, weil wir ganz viel Geld irgendwie doch hatten, fahre ich mit denen mal sieben Tage nach Paris ins Disneyland. Ganz rotzfrech habe ich gesagt, das gönne ich denen wirklich von Herzen. Das ist alles blockiert worden. Als ich dann durchsickerte, dass ich mit Linken irgendwie handel oder was, da habe ich richtig Stress und Druck gekriegt mit Regressforderung und allem, richtig übel auch. Und jetzt kam diese Tage raus, dass wir aus unserem Etat, das heißt Etat der Straßensozialarbeit Neuwiedenthal und Sandbek, das sind insgesamt vier Stellen, dass im Nirwana des Hamburger Haushaltes so mal eben 13.000 Euro verschwunden sind, Restemittel aus 2015. Und ich sage mal, ich weiß nicht, irgendwann wird man Terrorist, Entschuldigung, wenn ich das so sage, aber das ist auch nicht mehr auszuhalten, wenn man sagt, da gibt es heute Stornoforderungen, was weiß ich, wenn man das alles so summiert, was passiert.

Und dann kommt eins noch, und dann bin ich fertig, weil wir ja auch ganz viel mit allein erziehenden Müttern zu tun haben, wo wir immer ganz viel helfen können über die Hans-und-Gretchen-Tiedje-Stiftung zum Beispiel, und die Hans-und-Gretchen-Tiedje-Stiftung bzw. das Jobcenter, bei denen die Hartz IV kriegen, jetzt auf die Idee gekommen ist, die Mittel, die wir da loseisen aus dieser Stiftung, als Einkommen anzurechnen. Das ist sowieso wenig, also wir beiden, Andrea Burmester und ich, wir machen da echt ganz, ganz viel und schreiben uns die Finger wund. Und dann nimmt das Jobcenter private Mittel, auch Stiftungsmittel sozusagen zur Aufbesserung des Haushaltes im Jobcenter. Dann sage ich irgendwo, ich bin sprachlos. Wir führen ein Gerichtsverfahren, wir sind da sehr streitlustig, ich brauche mich auch nicht darum zu bemühen, befördert zu werden, das wird sowie-

so nichts mehr – nein, das mache ich aber auch gerne, und herzlichen Dank an Inge für die super Zusammenarbeit. Aber das mal wirklich so im Schnelldurchritt, was los ist. Strich unten drunter, was sich bei uns beiden breit macht, bei den Straßensozialarbeitern, ist, wir haben alle keine Lust mehr. Es ist wirklich so, wir sind mürbe. Also das ist ja so Scheibchentaktik, und wir sind einfach mürbe. Das ist so was von frustrierend alle nur noch. Und das will ich nur als Stimmungslage mal so – danke.

Norbert Hackbusch: Ich merke schon, ich habe den undankbarsten Job.

Einwurf ohne Namensnennung: Kann man eine Frage stellen? Die Frage würde sein, wie viel Geld brauchst Du denn, damit Du richtige Arbeit machen könntest? Das müsstest Du mal sagen. Das wäre ja viel wichtiger.

René Clair: Also ich sage mal, meine Kollegin und ich in Neuwiedenthal, wir sind mit unseren beiden Stellen zufrieden, die Sandbeker Kollegen auch. In Harburg haben wir aber eine Situation, 100.000 Einwohner, da gibt es einen Straßensozialarbeiter, der in Ruhestand geht. Da brauchen wir mindestens vier nur für Harburg Kern. So, und ich sage mal, ich würde mal so eine Größenordnung sagen, pro 10.000 Einwohner bräuchten wir zwei Straßensozialarbeiterstellen, weil wir natürlich auch viel mehr machen. Wir gehen ja nicht nur über die Straße, wir machen ganz viel Beratungsarbeit auch. Aber ich sage mal so, für 10.000 bis 15.000 Einwohner zwei Stellen.

Norbert Hackbusch: Danke. Bettina.

Bettina Reuter: Ich bin von der Ambulanten Hilfe Hamburg e.V., die ist Träger der Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle in Altona. Von dieser Art Beratungsstelle gibt es in jedem Bezirk eine. Wir haben seit 1986 den Auftrag der Sozialbehörde, Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten in Altona zu unterstützen und ihnen die erforderlichen Hilfen gemäß § 67 ff. SGB 12 anzubieten. Wir beraten bei Obdachlosigkeit, bei drohendem Wohnungsverlust, bei Problemen mit Behörden, finanziellen Schwierigkeiten, bei Arbeitslosengeld I und II, Grundsicherung, Rente usw. In unserer offenen Sprechstunde können sich die Bürger mit unterschiedlichen Problemlagen, die insbesondere im Zusammenhang mit dem Erhalt von Wohnraum Orientierung und Unterstützung benötigen, an uns wenden. Meistens sind damit aber auch Fragen zur Existenzsicherung verbunden.

Wir versuchen, gegebenenfalls in Fachdienste zu vermitteln, wenn wir selber nicht die richtigen Ansprechpartner sind. Die Sozialbehörde finanziert zur Projektförderung als zweckgebundenen Zuschuss eine Zuwendung als Fehlbedarfsfinanzierung. Das ist ein Zitat unserem Zuwendungsbescheid. Seit 2011 und 2012 deckt diese Zuwendungssumme unseren Bedarf nicht mehr zu 100 %. Die jährlichen Zuwendungserhöhungen sind marginal, aber die Kosten steigen stetig an. Seit 2012 ist die Zuwendungssumme fast gleich bleibend bis heute, sie wurde quasi eingefroren wegen der Schuldenbremse. Fast gleich bleibend sage ich deshalb, weil Tarifsteigerungen dann im Nachhinein verspätet erst refinanziert wurden.

In 2012 und 2013 wurde die Finanzierung der BFD-Stelle abgelehnt. Aber inzwischen haben wir eine halbe Stelle wieder zurückbekommen. Ab 2013 wurden weder Mieterhöhungen noch andere Kostensteigerungen berücksichtigt. Das führt zu einem jährlich immer größer werdenden Haushaltsloch. Das größte Defizit entsteht jedes Jahr bei den Personalkosten. Die Behörde schreibt in unserem Zuwendungsbescheid, dass sie den kirchlichen Tarif akzeptiert, aber in den beigefügten Nebenbestimmungen steht, dass die Personalkosten nur gemäß TV-L gewährt werden. Diese Widersprüchlichkeit zieht sich schon seit Jahren durch alle Zuwendungsbescheide. Beide Tarife entwickeln sich nicht gleichzeitig und in gleichem Umfang weiter. Schon lange versuchen wir, mit Unterstützung unseres Spitzenverbandes, dem Diakonischen Werk, diese Frage mit der BASFI zu klären. Aufgrund des Besserstellungsverbots der Mitarbeiter bei freien Trägern gegenüber Behördenangestellten ist dieses Problem leider noch ungeklärt. Es gibt jährlich einen Festbetrag gemäß TV-L für die Personalkosten und einen Festbetrag für alle Sachkosten.

Wir sind ständig bemüht, Spenden einzuwerben, was gar nicht so einfach ist. Jeder potenzielle Spender stellt zunächst ganz richtig fest, dass wir doch im Auftrag der Stadt unsere Beratungstätigkeit durchführen. Da kann es doch eigentlich keine Finanzierungslücke geben. Das bedarf dann erst mal längerer Erklärungen, um diesen Widerspruch aufzuklären. Da gibt es im SGB 12 § 5 das Verhältnis zur freien Wohlfahrtspflege, da steht zum Beispiel drin, dass die Aufgaben an freie Träger und Verbände der freien Wohlfahrtspflege übertragen werden sollen, sie achten dabei deren Selbstständigkeit in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben. Die

Träger der Sozialhilfe sollen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialhilfe angemessen unterstützen. So weit dazu.

Dann haben wir in den letzten Jahren natürlich vieles versucht, um unsere Kosten irgendwie reinzukriegen. Unter anderem haben wir dann auch Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Wir waren auch 2014 bei einer Veranstaltung der AGFW zu diesem großen Thema. Dann haben wir eine Unterschriftensammlung gestartet und haben in kurzer Zeit über tausend Unterschriften von Bürgern zusammenbekommen, die sich für den Erhalt der Beratungsstelle stark machten. Die Bezirksversammlung Altona hat einen Antrag zur auskömmlichen Finanzierung der Beratungsstelle an die BASFI gestellt, der natürlich abgelehnt wurde. Zur Begründung hieß es darin, eine Aufstockung der Kosten wäre nur zu Ungunsten eines anderen Trägers der Wohnungslosenhilfe umsetzbar.

Dann hatten wir auch wegen der Schuldenbremse eine Stellenreduzierung. Und die ist aber inzwischen dann zum Glück zu Ende, wir haben die halbe Stelle zurückbekommen. Das hat natürlich auch einen großen Einschnitt im Beratungsumfang gegeben dann. So weit erst mal.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Ich will dazu nur kurz sagen, ich finde das Dramatisch ja daran, dass Sie in gewisser Weise, um das Alte aufrechtzuerhalten, solche Kämpfe machen müssen, wo wir alle wissen, wie eigentlich die Situation im Zusammenhang mit dem Wohnungsmarkt geworden ist und wie dramatisch das zugenommen hat, wo man eigentlich eine Ausweitung bräuchte. Deswegen, das fällt mir daran besonders auf. Die Nächsten, die jetzt reden, da ist jetzt praktisch ein inhaltlicher Bruch, ein völlig neues Feld, und ich begrüße Sebastian.

Sebastian Stegemann(?): Schönen guten Abend. Ich bin Vorstandsmitglied der Hamburger Sportjugend. Wir sind freier Träger der Jugendhilfe, anerkannter Träger nach § 75 SGB 8 und kümmern uns insbesondere um Einkommensschwache oder Kinder aus einkommensschwachen Familien, die in Sportvereinen und Sportverbänden am Sportleben teilhaben können. Und da gibt es Kids in die Clubs, das hat vielleicht der eine oder andere schon mal gehört, wo wir Monatsbeiträge für Sportvereine mitfinanzieren durch öffentliche Mittel. Das ist maßgeblich aus Bundesmitteln fi-

nanziert. Und dann gibt es aber auch noch den großen Bereich von Ferienfreizeiten, Jugendfahrten, die wir auch finanzieren. Und die werden finanziert über die BASFI. Da gibt es eine Förderposition auch im Landesförderplan, die für uns da wesentlich ist. Und die Praxis in den vergangenen Jahren sieht so aus, dass wir einen Bedarf in unserem Haushalt definieren, den mit der BASFI dann rückkoppeln, und die BASFI in ihrem eigenen Haushalt im Landesförderplan also eine gewisse Summe für diese Unterstützung für Kinder aus einkommensschwachen Familien für Fahrten vorsieht. Diese Summe hat aber in den Jahren, ich bin jetzt seit vier Jahren im Vorstand dabei und ich begleite die Sportjugend schon sehr lang, noch nie ausgereicht. Die Praxis sieht dann so aus, dass wir am Ende des Jahres, wenn dann die BASFI irgendwann ihre Mittel sozusagen aus unserer Förderposition zusammenkratzt und alle Förderberechtigten abgefrühstückt hat und noch Geld übrig hat, sagen, hat noch jemand quasi eine Fahrt, die förderfähig ist, dann ist diese jetzt noch möglich, quasi nachträglich abzurechnen.

Bedeutet für uns in der Praxis, wir haben natürlich das oberste Ziel, kein Kind zu Hause zu lassen, wenn es in den Ferien auf eine Fahrt mitfahren möchte. Das heißt, wir gehen erst mal aus unserem eigenen Geld, das ist nicht so viel, ins Risiko, fördern das, sagen dem Verein oder der Institution, die förderfähig ist, ja, nimm das Kind mit, ohne im Grunde genommen im Vorhinein eine Deckung zu haben. Und darum sind wir sehr dankbar, dass wir die Gelegenheit bekommen, hier an dieser Stelle auch auftreten zu können, um Euch zu bitten, den gesamten Haushaltsansatz für diesen Bereich, also das ist ja Punkt 2. Förderung der Jugendverbände und Gruppen, Mike wird dazu noch was sagen aus dem Landesjugendring, wo es ja auch soziale Träger usw. gibt, ich kann jetzt erst mal nur für den Sport sprechen, diesen gesamten Ansatz zu erhöhen, um also für uns als Träger der Jugendhilfe quasi dieses Risiko zu vermindern, mit Eigenleistung ins Risiko zu gehen und dann zu hoffen, dass am Jahresende ein Teil dieser Kosten dann auch erstattet wird. Wenn Ihr da konkrete Zahlen benötigt, können wir dazu gern was liefern. Das würde ich an dieser Stelle aber erst mal dabei belassen.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank dazu. Bevor ich weitergebe, will ich noch sagen, wir geben hinten eine Liste herum, wo sich jeder eintragen

kann und wo wir praktisch, wollen mal sagen, das Protokoll dieser Sitzung auch an diejenigen, die Interesse daran haben und das vermerken, weiterreichen können, damit man das in gewisser Weise auch noch mal nachlesen kann. Das wird noch ein, zwei Wochen dauern, und da wird jetzt praktisch die Liste herumgegeben, sodass jeder sich dort eintragen kann. Dann gebe ich weiter an Mike Hörster.

Mike Hörster: Ich bin Mike, ich bin Vorsitzender des Landesjugendrings. Der Landesjugendring ist der Dachverband der Hamburger Jugendverbände. Und dementsprechend spreche ich jetzt auch für diese. Und Jugendverbände sind zu fördern, das steht in § 11 und 12 und 8. Sozialgesetzbuches, dabei hat sich der Gesetzgeber damals auch was gedacht, denn wir als Jugendverbände übernehmen wichtige Ziele wie gesellschaftliche Aufgaben. Wir sind einmal ein Ort nonformalen Lernens, an dem sich Kinder und Jugendliche Wissen, Werte und Sozialkompetenz selbst aneignen und auch Demokratie und Partizipation lernen. Wir sind Werkstätten und Lernorte für gesellschaftliches Engagement, Demokratie, kritisches Staatsbürgertum und Selbstorganisation. Wir als junge Menschen gestalten dort gemeinsam und selbstorganisiert Zeiten und Angebote für uns selbst und auch für andere und übernehmen Verantwortung, vertreten unsere Interessen und setzen Projekte und Angebote um. Jugendverbände sind dementsprechend für die Gesellschaft unverzichtbar.

All das muss sich allerdings auch in der finanziellen Förderung niederschlagen, die sowohl unbürokratisch sein sollte als auch verwaltungsarm. Sie muss dabei umfassend sein. Umfassend meint in diesem Zusammenhang, dass alle notwendigen Aspekte der Jugendverbandsarbeit gefördert werden müssen, zum einen zum Beispiel dass Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien auch mitgefördert werden, aber auch die Aus- und Fortbildung von Ehrenamtlichen, zum Beispiel Jugendgruppenleiter_innen, außerschulische Jugendbildung in den Bereichen Sport, Politik, Regionales, nationale/internationale Jugendbegegnung, Gruppenfahrten als auch Material und halt auch die Jugendbildungsreferent_innen, die uns strukturell unterstützen und im Hintergrund arbeiten für das, was das Ehrenamt einfach nicht mehr übernehmen kann. Und wir brauchen halt auch Räume, wo wir unsere Aktivitäten durchführen, die halt auch immer weniger werden oder halt auch teurer werden.

In Hamburg gibt es ungefähr sechzig anerkannte Träger, wenn nicht mehr. Die Tendenz bei diesen Jugendverbänden ist steigend, weil sich immer mehr Migrantinnen und Migranten zu Jugendorganisationen zusammenschließen und sich anerkennen lassen und somit auch antragsberechtigt sind für Mittel von der BASFI. Und im Haushaltsentwurf 2017/2018 sind wieder keine Mittelerhöhungen drin, genauso wie eigentlich die letzten Jahre auch schon. Das ist faktisch eine Kürzung. Unsere Räume werden teurer, dank der Gewerkschaften steigen im Zweifel die Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was ja wünschenswert ist, aber halt uns nicht gut in die Karten spielt als Jugendverband, denn wir müssen halt auch immer Eigenanteile erbringen. Seminarhäuser werden teurer, Fahrtkosten werden teurer etc. etc. Und dadurch dass halt immer mehr Jugendverbände anerkannt werden, also dadurch dass das Geld gleich bleibt, müssen wir das Geld auf mehr Verbände verteilen, dementsprechend bleibt am Ende weniger übrig. Wir als Jugendverbände brauchen allerdings finanzielle Unterstützung, und die muss auch sicher sein, legislaturunabhängig, denn gerade die kleineren Verbände, die keine großen Strukturen im Hintergrund haben, wo im Zweifel noch Erwachsenenverbände da sind, die nagen halt im Zweifel immer an dem Geld, was sie haben, und das ist nicht sehr viel. Gleichzeitig hatten wir durch die Situation der letzten zwei Jahre haben wir viel zu tun mit Integration und auch mit Inklusion. Und dafür werden zwar kurzzeitig Gelder bereitgestellt, aber quasi bräuchten wir diese Gelder dauerhaft, denn Integration ist nicht mit einem Jahr getan, sondern das ist ein langwieriger Prozess, und auch die Fluchtursachen in dieser Welt werden leider Gottes nicht morgen enden, sondern der Prozess wird stetig weiterlaufen.

Wir als Vorstand des Landesjugendrings fordern deshalb eine Erhöhung der entsprechenden Positionen im Haushaltsplan der Stadt Hamburg, begründet mehrheitlich dadurch dass unterschiedlichste Förderbedarfe bestehen, die Jugendverbandslandschaft immer größer und heterogener wird und weil wir die Arbeit der Hamburger Jugendverbände sichern müssen, weil sonst viel zu viel auf der Strecke bleibt, was auch die Stadt Hamburg nicht gewährleisten kann, allein schon nicht, weil sie dazu quasi gar nicht in der Lage wäre, das zu sichern.

Was noch zu sagen ist: Momentan sind Stellen in unseren Fachabteilungen, die für uns zuständig sind, nicht besetzt. Das geht halt auch nicht, also die Kolleginnen und Kollegen, die dort für uns arbeiten, halten sich wacker, die leisten eine unschätzbare Arbeit für uns. Und da muss endlich was getan werden, damit die Stellen nachbesetzt werden, und ich hoffe, das wird bald passieren, und wir werden da auch weiterhin Druck machen in der BASFI, und ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen da machen das auch.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Mich würde noch mal interessieren, seit wann ihr praktisch keine Erhöhung bekommen habt.

Mike Hörster: Das weiß ich leider nicht aus dem Kopf, dazu habe ich keine Zahlen. Und ich kann auch nichts dazu sagen, wie viel Geld wir extra brauchen. Die Einzigen, die das im Ansatz sagen könnten, wäre meines Erachtens die BASFI, weil die die Anträge von uns kriegt und die Mehrbedarfe sieht. Aber wir als Landesjugendring wissen nicht von allen sechzig Verbänden die Mehrbedarfe. Und ich weiß auch von Jugendverbänden, die die Mehrbedarfe gar nicht mehr anzeigen, weil es keinen Sinn mehr hat.

Norbert Hackbusch: Danke, dann kommen wir zu Bettina.

Bettina Kiehn: Schönen guten Abend, mein Name ist Bettina Kiehn, ich leite das Bürgerhaus Wilhelmsburg und spreche hier für die Arbeitsgemeinschaft der Hamburger Bürgerhäuser. Derzeit sind 14 Bürgerhäuser in Hamburg institutionell gefördert, und zwar von sechs Bezirken, das sind alle außer Nord, die haben keins. Ich muss kurz eine Klarstellung machen, denn das läuft immer durcheinander logischerweise. Die Bürgerhäuser sind nicht wie die Stadtteilkulturzentren über eine Rahmenezuweisung der Kulturbehörde gefördert, sondern direkt aus den Bezirken, also letztlich von der Finanzbehörde. Dabei darf man sich bei den Einrichtungen aber nicht vom Namen täuschen lassen. Das Bürgerhaus Eidelstedt ist ein Stadtteilkulturzentrum, das Kultura in Allermöhe ist ein Bürgerhaus. Also es ist eine ganz spezielle Hamburgensie.

Die Hamburger Bürgerhäuser sind eine wichtige Säule sozialräumlicher Angebote in den Bezirken. Sie sind überwiegend in Gebieten angesiedelt, die im Sozialmonitoring 2015 der Freien und Hansestadt mit dem Sozial-

index niedrig ausgewiesen sind. In diesem anspruchsvollen Umfeld entwickeln die Bürgerhäuser den ganz spezifischen Bedarfen der Sozialräume angemessene Angebote. Das geht von Kultur über Bildung bis zu Partizipation und Vernetzung, gleichzeitig interkulturell und generationenübergreifend. Gleichzeitig stärken die Bürgerhäuser durch das Zurverfügungstellen von Räumen zum Beispiel für Initiativen und für die Zivilgesellschaft vor Ort und erreichen ganz vielfältige Gruppen in den Stadtteilen. Mit sozialräumlichem Eigensinn, wie wir das gern nennen, sind die Hamburger Bürgerhäuser eine Ermöglichungsstruktur für schnelle und kompetente Antworten auf sozialräumliche Bedarfe. Und Bedarfe gibt es ganz viele, davon haben wir hier auch schon aus anderen Arbeitsfeldern eine Menge gehört.

Für die Besucherinnen und Besucher der Häuser ist in der Regel nicht unterscheidbar, ob sie sich in einem Bürgerhaus oder in einem Stadtteilkulturzentrum befinden. Die Häuser sind höchst unterschiedlich hinsichtlich der Gebäude und Raumgrößen und der Personalausstattung. Und die Bürgerhäuser haben in der Vergangenheit in ihren jeweiligen Sozialräumen in ganz erheblichem Umfang zusätzliche langfristige Aufgaben übernommen. Die institutionelle Förderung der Hamburger Bürgerhäuser wurde seit eigentlich Jahrzehnten nicht den gewachsenen Anforderungen angepasst. Den üblichen Steigerungsraten von Personal- und Betriebskosten stand keine Erhöhung der Förderung gegenüber. Ein Beispiel: Die institutionelle Förderung des Bürgerhauses Wilhelmsburg ist seit 2004 unverändert. In den neunziger Jahren war sie höher. Das entspricht einer realen Kürzung der Zuwendungen um rund 20 % nur durch die normale Preissteigerungsrate. Und wir sprechen jetzt nicht von Tariferhöhungen. Bereits 2015 mussten wir pro Euro, den wir an institutioneller Förderung bekommen, 2,43 Euro zusätzlich beschaffen, um die Aufgaben bewältigen zu können. Und die Tendenz ist weiter steigend, und ich kann sagen, das schaffen wir nicht mehr. Die Stadtteilkultur ist ja auch in einer sehr schwierigen Lage, ich glaube, das wird die Kollegin neben mir gleich noch mal ganz deutlich erläutern, und da gab es 2009 immerhin eine Zuwendungserhöhung. Und die Bürgerhäuser hatten nicht mal die – alle Hamburger Bürgerhäuser nicht. Und wir empfinden diese Ungleichbehandlung zwischen Stadtteilkulturzentren und Bürgerhäusern, die nicht unterscheidbar

sind für Gäste, für Besucherinnen und Besucher, als außerordentlich ungerecht.

Oft werden wir hingewiesen auf die ja unglaublich phantastischen Quartiersfonds, die die Stadt eingerichtet hat. Und ich kann dazu nur sagen, jährlich neu vergebene Quartiersfonds können keine institutionelle Förderung ersetzen. Und durch die lange unveränderte Förderhöhe unterliegen alle Bürgerhäuser einfach einer stetigen Realkürzung ihrer Mittel, und die Funktion und vor allen Dingen auch die Entwicklung der Häuser ist gefährdet. Um die Hamburger Bürgerhäuser aus ihrer von Mangelverwaltung geprägten Lage herauszuholen und wieder eine Handlungsfähigkeit herzustellen, ist die Erhöhung der institutionellen Förderung der Bürgerhäuser um 1,14 Millionen Euro erforderlich. Hiervon unbenommen sind weitere Förderungen, die Häuser derzeit aus unterschiedlichen Quellen erhalten. Also es gibt einige Bürgerhäuser, die eine Mischfinanzierung haben noch mit Jugendhilfemitteln usw. Diese Summe von 1,14 Millionen hat die AG Bürgerhäuser auf Grundlage von drei Bezugsgrößen ermittelt. Ausgleich der Preissteigerungsrate, bereits übernommene zusätzliche Aufgaben, die nicht gesichert finanziert sind, und aktuelle Tarifierhöhung, nur die Tarifierhöhung 2016/17. Und diese Bedarfssumme stellt also die Grundanforderung zur Sicherung des Wirkens der Häuser dar. Das ebenso mögliche und genauso sinnvolle Was-würden-wir-tun-wenn-wir-hätten ist nicht in die Berechnung eingeflossen, ebenso Sanierungs- und Inventarersatzbeschaffungsbedarfe sind nicht berücksichtigt. Alle Häuser, wie gesagt, wir verwalten seit vielen Jahren Mangel, wirtschaften sparsam im Rahmen der Möglichkeiten, erwirtschaften Eigenmittel, machen ganz personalintensive Akquisen von Projektmitteln und Drittmitteln und Spenden und alles, was geht.

Norbert Hackbusch: Bettina, das war genug Werbung.

Bettina Kiehn: Okay, eins noch. Ich darf noch eins kurz ergänzen. Also in den Fraktionen von SPD und Grünen ist die Problemlage der Bürgerhäuser bekannt. Und eine ganze Reihe von Menschen bemüht sich um die Lösung. Die Lösung heißt aber zunächst, zusätzliche Einnahmen für die Stadt generieren, die, die die Erhöhung der Zuwendung für die Bürgerhäuser gegenfinanzieren. So funktioniert Schuldenbremse, das haben wir

schon mehrfach gehört. Für die Bürgerhäuser ist bis heute keine Erhöhung der Zuwendungen in den Doppelhaushalt 2017/18 eingestellt, da die erforderlichen Mehreinnahmen noch nicht in Sicht sind. Und wir verstehen das ehrlich gesagt nicht ganz, wenn eigentlich der Bedarf anerkannt ist, alle sagen ja, die Bürgerhäuser wären auch echt mal dran, ist blöd jetzt, warum es dann nicht geht.

Norbert Hackbusch: Danke, Bettina. Jetzt Corinne.

Corinne Eichner: Danke. Corinne Eichner, Landesverband Stadtkultur Hamburg. Bei uns vertreten sind ungefähr 120 Mitglieder aus der Stadtteilkultur, darunter 28 institutionell geförderte Stadtteilkulturzentren. Bettina hat schon vieles dazu gesagt im Grunde genommen, was Stadtteilkultur macht. Tatsächlich ist es so, dass die Arbeit der Stadtteilkulturzentren und die Arbeit der Bürgerhäuser in der Regel sehr ähnlich ist. Die einzelnen Häuser unterscheiden sich da natürlich immer noch mal, das ist völlig klar. Aber es gibt da viele Parallelitäten und viele Ähnlichkeiten. Die Erhöhung der Rahmenzuweisung Stadtteilkultur, aus der die Stadtteilkulturzentren, diese institutionell geförderten Häuser gefördert werden, ist, auch das wurde schon gesagt, 2009 das letzte Mal erhöht worden. Aber schon damals auf einem sehr niedrigen Niveau, und wir haben von Seiten des Verbandes errechnet, dass wir eigentlich eine Erhöhung bräuchten der Rahmenzuweisung um 3,9 Millionen Euro. Das ist auch nicht abgebügelt worden oder so, sondern diese Summe ist auch so weitgehend anerkannt worden, dass das richtig ist. Und wir erfahren auch sehr viel Anerkennung für die Arbeit der Stadtteilkultur, dass sie sehr wichtig ist für den Zusammenhalt in den Quartieren und insbesondere natürlich auch für die aktuellen gesellschaftlichen Aufgaben. Und wir haben sehr viele Gespräche geführt in den letzten Monaten natürlich, um zu erreichen für die Stadtteilkultur, dass die zum Teil dramatische Situation in vielen Häusern verbessert wird. Natürlich ist bis jetzt da noch nichts zusammengebrochen, natürlich laufen da immer noch die Angebote, aber es läuft einfach auf dem Rücken der Mitarbeiter, es hat schon Stellenstreichungen gegeben. Sehr, sehr viele Mitarbeiter arbeiten da deutlich über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit eigentlich, während sie vielleicht auf halben Stellen sitzen oder so, arbeiten sie mehr als Vollzeit. Ich glaube, das kennen wahrscheinlich auch viele, die hier in der Runde sind.

Es wird wahrscheinlich tatsächlich sogar eine Erhöhung geben für die Stadtteilkultur der Rahmenezuweisung Stadtteilkultur um 400.000 Euro in 2017 und weitere 400.000 Euro in 2018 und danach eine dynamische Erhöhung um 1,5 % im Jahr. Und eigentlich hört sich das so an, als müssten wir jetzt die Sektkorken knallen lassen. Das ist für uns eine wirklich unangenehme schwierige Lage. Ich verstehe das dann auch, wenn von den Bürgerhäusern zum Beispiel gesagt wird, wir bekommen nichts und die Stadtteilkultur bekommt was. Aber das Ganze ist auf einem solchen Niveau, es wird im Grunde erwartet jetzt, dass wir uns freuen, dass wir dankbar sind, aber wir wissen, der Abbau setzt sich fort, das ist einfach auf einem so geringen Niveau. Auch die dynamische Erhöhung von 1,5 % bleibt natürlich deutlich unter dem, was eigentlich gebraucht werden muss. Das heißt, der Abbau der Stadtteilkultur wird verlangsamt, aber er hört nicht auf. Und was wir jetzt auch schon sehen, ist, das Ganze wird ja auf die Bezirke verteilt, es wird jetzt diskutiert, nach welchem Schlüssel, und die Bezirke fangen jetzt an, Feinspezifikationen zu machen, und wir sehen das, in einzelnen Bezirken wissen wir schon oder gibt es Entwürfe, wie das laufen soll. Und da wird deutlich, es werden wahrscheinlich einige Einrichtungen auch nichts bekommen, also keine Erhöhung. Und wir werden in den nächsten zwei Jahren sehen, dass da einige Stadtteilkulturzentren wahrscheinlich wirklich vor der Wand stehen. Das merken wir jetzt.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Wir wollen ja auch gern ruhig die verschiedenen Widersprüche mitbekommen. Und für alle noch mal, also wir nehmen auch gern noch schriftliche Stellungnahmen auf. Wir müssen bloß versuchen, jetzt hier das relativ prägnant durchzuziehen. Sabine.

Sabine Lafrentz: Also ich habe ja mehrere Funktionen heute für das KITA-Netzwerk, und wir haben uns entschlossen, dass Alexandra dazu den Beitrag hält.

Alexandra Balthasar: Guten Abend, mein Name ist Alexandra Balthasar, ich bin heute mit Sabine Lafrentz hier, und wir vertreten das KITA-Netzwerk Hamburg. Dieses Netzwerk wurde 2014 gegründet, ist ein trägerübergreifendes Bündnis. Bei uns engagieren sich Eltern, Elternvertreter, Pädagogen, Leitungskräfte, jeder, der mit Kita-Kindern zu tun hat und sich in diesem Bereich stark machen möchte. In den Hamburger Kitas erleben

die Eltern und Pädagogen jeden Tag, dass unter den gegebenen personellen Bedingungen keine angemessene entwicklungsförderliche pädagogische Arbeit möglich ist, besonders im Krippenalter. Nach den Hamburger Richtlinien darf eine pädagogische Fachkraft acht Krippenkinder allein betreuen, also Kinder unter drei, und dreizehn Elementarkinder, das heißt, Kinder im Alter von drei bis sechs nach den Hamburger Richtlinien. In der Praxis sind es aber meistens noch mehr Kinder. Das liegt unter anderem daran, dass die so genannten Ausfallzeiten der Pädagogen im Kita-Gutscheinsystem nicht berücksichtigt werden. Das bedeutet Krankheit, Urlaub oder Fortbildung. Außerdem kommt erschwerend hinzu, dass die verschiedenen Leistungsarten bedient werden müssen, das heißt, die Eltern kommen mit den Gutscheinen in die Kita und haben halt einen Anspruch auf vier, fünf, sechs, sieben, acht, zehn oder zwölf Stunden Betreuung. Das heißt, das macht eine Personaleinsatzplanung natürlich schwierig. Die so genannte mittelbare Pädagogik, das bedeutet Zeiten, die nicht unmittelbar am Kind stattfinden, also Vorbereitung, Nachbereitung, Dokumentation, Beobachtung, Elterngespräche, für diese Tätigkeiten sind keine festen Zeiten verankert im Kita-Gutscheinsystem. Die werden nur pauschal abgebildet, das heißt, jedes Mal wenn jemand ein Elterngespräch führt oder eine Beobachtung macht oder eine Dokumentation, fehlt dieser Pädagoge in der Gruppe, was den Schlüssel natürlich noch mal verschlechtert. Durch die unattraktiven Arbeitsbedingungen ist es nicht selten, dass der Nachwuchs gleich in andere Bereiche geht, das heißt, oft kommen Praktikantinnen, Praktikanten zu uns und erleben während ihres Praktikums die Bedingungen in Hamburger Kitas, die Arbeitsbedingungen, und gehen dann oft direkt in andere Bereiche nach der Ausbildung, was natürlich den Fachkräftemangel weiter verstärkt.

Auch in den jetzigen Haushaltsberatungen wird ein Mehr in den Kita-Haushalt eingestellt, das ist aber hauptsächlich bedingt durch die steigenden Kinderzahlen. Denn es ist auch weiterhin davon auszugehen, dass die Zahl der zu betreuenden Kinder steigt. Daher fließt dieses Geld zum größten Teil eben in die erweiterten Plätze, eben in die Quantität und nicht in die Qualität. Oft ist es so, dass die Politik die zurzeit geltenden Personalschlüssel dadurch verzerrt – der so genannte Personalschlüssel wird immer rausgegeben für die Hamburger Kitas, dieser bezieht sich aber auf

den tatsächlichen Schlüssel auf dem Papier, das heißt, Ausfallzeiten, Zeiten für mittelbare Pädagogik werden dort nicht berücksichtigt. Und man muss mit Ausfallzeiten von 17,5 % rechnen und mittelbare Pädagogik je 7,5 %, das heißt, wenn auf dem Papier ein Schlüssel von eins zu fünf herrscht, muss man eben 25 % drauf rechnen, das heißt, es ist dann eben tatsächlich Face to Face am Arbeitsplatz nicht eins zu fünf, sondern mindestens eins zu sechs, wenn nicht eins zu sieben.

Das KITA-Netzwerk möchte, dass die Stadt endlich Bedingungen schafft, unter denen ihre selbst gesteckten Ziele, ihre Bildungsziele überhaupt erreicht werden können, denn die Bildungsempfehlungen sind ja sozusagen unser Arbeitsauftrag, und die können unter diesen gegebenen Umständen nicht erfüllt werden. Wir haben die auch schon letztes Jahr symbolisch zurückgegeben an den Hamburger Senat. Und unsere Forderungen lauten eine verbesserte Bildung und Betreuung der Kinder durch einen höheren Betreuungsschlüssel in der Krippe und im Elementarbereich, und zwar zeitnah. Dann brauchen wir dringend Zeiten für die mittelbare Pädagogik, das heißt, für Vorbereitung, Nachbereitung, Elternarbeit, denn das sind Dinge, die nicht selten in die Freizeit fallen oder in die Pause oder gar nicht gemacht werden können. Außerdem möchten wir, dass die Ausfallzeiten ausgeglichen werden, das heißt, dass im Kita-Gutscheinsystem berücksichtigt wird, dass jeder Pädagoge sechs Wochen im Jahr im Urlaub ist oder auf eine Fortbildung geht oder natürlich auch mal krank ist.

Das KITA-Netzwerk hat schon einiges erreicht, wir haben 2014 eine große Demo gemacht, da waren 4.000 Teilnehmer. Und aufgrund dieses öffentlichen Drucks ist dann das Eckpunktepapier entstanden. Dies besagt einen Personalschlüssel in der Krippe von eins zu vier bis zum Jahre 2019 und einen Personalschlüssel im Elementarbereich von eins zu zehn, allerdings erst im Jahre 2025. Wie gesagt, auch hier sind die mittelbare Pädagogik und die Fehlzeit nicht berücksichtigt, das heißt, der Schlüssel wird auch, selbst wenn das Eckpunktpapier ausgeführt wird, nicht so sein, wie er jetzt gesagt wurde, und das Ganze wird auch nur passieren unter der Voraussetzung von zusätzlichen Bundesmitteln. Das KITA-Netzwerk hat noch weitere Aktionen gemacht, wir haben ein Kita-Tagebuch der unbezahlten Tätigkeiten gemacht, wir haben einen Rap gemacht, wir hatten Podiumsdiskussionen, wir haben Unterschriften gesammelt, wir haben Herrn

Scholz und Frau Leonhard schon öfter besucht. Wir haben das längste Transparent Hamburgs gemacht, also wir sind da ganz aktiv dabei. Und unsere nächste Aktion ist am 14.11., da machen wir einen Lichterspaziergang durch die Hamburger Innenstadt, um noch mal den Senat darauf hinzuweisen, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht.

Wir möchten einfach permanent daran erinnern, dass dieses Thema noch nicht vom Tisch ist, denn es geht letztendlich um die Kinder unserer Stadt. Und wir glauben auch, dass die Möglichkeit da ist, nur dass eben im Moment der politische Wille fehlt. Und deswegen, unter dem Motto, wir wollen mehr als satt und sauber, möchte ich das beenden, danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Wer sind Sie?

Joachim Kunz-Michel: Ich bin hier Gott sei Dank reingekommen, ich komme von der Lawaetz-Stiftung und stehe hier auf einem Platz, der ausgefallen ist. Und ich würde mich gern erdreisten, zwei Minuten ganz kurz über einen Punkt zu sprechen zum gleichen Thema, und zwar bin ich in der Lawaetz-Stiftung zuständig für den Bereich Existenzgründungsberatung für Personen, die aus Arbeitslosigkeit sich selbstständig machen. Wir arbeiten mit der Arbeitsagentur, mit den Jobcentern zusammen, unterstützen die Personen, die sich selbstständig machen wollen, weil sie eine gute Idee haben und weil sie auf dem Arbeitsmarkt keine weitere Perspektive haben. Wir werden gefördert von der BASFI, also insofern vergleichbar mit den vielen Vorrednern hier. Wir sind seit fünf Jahren eingefroren in der Förderung. Wir haben insgesamt sieben Personen bei uns im Team, kriegen 375.000 Euro für alles, Personal- und Sachkosten, haben an sich einen Bedarf von zusätzlichen 25.000 Euro, damit wir unser Angebot weiter aufrechterhalten können. Das können wir nicht, das heißt, wir bieten immer weniger Leistung an, weil wir eben auch tarifgebunden sind und entsprechend weniger Stunden haben. Das heißt also, ich kürze bei uns selber die Stunden, damit wir unseren Haushalt ausgeglichen haben. Das ist die eine Sache. Und die Verschärfung, und deswegen bin ich heute auch insbesondere hier, ist, dass sich jetzt die Behörde tatsächlich aus der Förderung insgesamt zurückziehen will. Das heißt, sie möchte den Bereich der Arbeitsmarktpolitik gar nicht mehr fördern. Wir sind in Gesprächen,

sodass es noch eine Übergangsphase in 2017 geben wird, in intensiven Verhandlungen jetzt demnächst mit der Arbeitsagentur und den Jobcentern. Ich befürchte nur, dass es dort gar keine Mittel für diese Art von Beratung geben wird.

Wir verstehen uns als unabhängige Beratung, wir wollen nicht gegängelt werden. Wir werden auch nicht gegängelt von der BASFI, aber wir befürchten so ein bisschen, dass wir dann in eine Mühle durch die Arbeitsagentur und die Jobcenter kommen, um eine nicht unabhängige Beratung anbieten zu können, für die wir derzeit stehen.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Tobias Joneit.

Tobias Joneit: Gut, damit kommen wir zurück zum Thema Kita, ich bin Vorstandsmitglied des Landeselternausschusses. Wir sind die gesetzliche Elternvertretung für alle Kita-Krippenkinder und auch für die Nachmittagsbetreuung an GBS-Schulen. Und vieles von dem, was ich hier auf meinem Zettel vor mir habe, wiederholt eigentlich das, was Alexandra schon vom KITA-Netzwerk erzählt hat. Wir haben in den letzten Jahren einen starken Ausbau der Kita-Plätze in Hamburg gesehen. Die Quantität ist enorm nach oben gegangen und wird auch rege in Anspruch genommen, was durchaus damit zu tun hat, dass der Rechtsanspruch da ist, dass die fünf Stunden pro Tage kostenfrei geworden sind. Wir sehen, dass sehr viel mehr Kinder in die Kitas kommen als es früher der Fall war. Und das ist gut und das ist richtig, insbesondere weil damit Zugang von Familien zu einem frühkindlichen Bildungssystem passiert, der vorher einfach nicht da gewesen ist.

Bildung ist der eine Punkt, Integration, soziales Lernen, all das wird in den Kitas geleistet, und das ist richtig für unsere Gesellschaft, für unsere Kinder. Nicht zuletzt ist natürlich auch ein anderer Punkt wichtig, die Betreuung der Kinder in den Kitas ermöglicht es den Eltern, arbeiten zu gehen und damit natürlich auch für den Lebensunterhalt der Familie zu sorgen. Was wir aber auch sehen, ist, dass die Zeiten der Erzieher nicht ausreichen. Das heißt, Zeiten für Elterngespräche sind so gut wie nicht da oder wir merken, dass die Erzieher teilweise ihre Freizeit mit opfern. Und das ist nicht ganz unwichtig, denn die Erzieher begleiten unsere Kinder in einer der wichtigsten Entwicklungsphasen des Lebens, nämlich ganz am

Anfang, wo Weichen gestellt werden. Was noch viel schlimmer ist, wir merken, dass wir es mit einer hohen Fluktuation zu tun haben, dass Erzieher die Kitas verlassen, sich andere Arbeiten suchen, andere Arbeitgeber, und dass wir immer wieder neu von vorn anfangen und die Erzieher immer wieder neu unsere Kinder kennen lernen müssen. Dass die Kinder natürlich Bezugspersonen brauchen, an die sie sich gewöhnen müssen, auf die sie sich einstellen müssen, ist dann noch ein ganz anderes Thema.

Wir haben schon gehört, der Personalschlüssel ist gering, wird weiter verringert durch eben die Abwesenheitszeiten, durch die Weiterbildung. Weiterbildung ganz wichtiges Thema, weil die Kitas immer mehr Aufgaben auch bekommen und von den Erziehern auch immer mehr erwartet wird. Und wir merken auch, sie wollen dieser Erwartung gerecht werden, können es aber zum Teil einfach gar nicht. Und auch wenn durch die Eckpunktevereinbarung da auf einige Jahre in der Zukunft eine Verbesserung zu erhoffen ist, abhängig von Bundesmitteln, die dann teilweise kommen sollen, werden wir auch dann weiterhin, wenn man sich die Bertelsmann-Stiftung anguckt, immer noch Schlusslicht bleiben, was die westdeutschen Bundesländer betrifft. Also von daher, wir wünschen uns natürlich ganz klar, wir brauchen mehr Erzieher, da ist es mit dem Geld allein nicht getan, da geht es auch um die Ausbildung, da geht es um attraktive Arbeitsplätze, dass die Erzieher auch dabei bleiben. Und wir sehen momentan sogar noch einen anderen Trend, der sogar gefährlich werden kann, Flexibilisierung ist so ein Thema. Sowohl bei den Kita-Gutscheinen wird drüber geredet, dass man die Kita-Gutscheine anders einsetzen kann, dass sich wieder verstärkt auf die Arbeitszeiten der Eltern konzentriert wird.

Was bedeutet das im Umkehrschluss? Die Kinder sind nicht zu den Zeiten in der Kita, die einen strukturellen guten Tagesablauf ermöglichen, sondern dann, wenn sie halt gerade zu Hause nicht betreut werden können. Und das ist für die Entwicklung unserer Kinder einfach extrem von Nachteil, das darf nicht passieren. Im Gegenteil, wir müssen es eigentlich sogar noch ausbauen. Und weitere Herausforderungen sind natürlich nicht nur die Kinder, die jetzt aus Familien in die Kitas kommen, wo Eltern vielleicht nicht arbeiten aufgrund der sozialen Herkunft, Arbeitslosigkeit, sondern wir haben auch noch eine weitere Aufgabe, das sind Kinder mit Behinderungen, die aktuell im Krippenbereich noch so gut wie keine Rolle spielen,

weil es eine enorme Herausforderung für die Kitas ist, wo das Finanzielle ein Thema ist, aber die Unterstützung und die Weiterbildung und der Austausch untereinander auch wieder Zeiten, die nicht bezahlt werden, ein anderes Thema sind.

Nur ganz kurz ein Punkt noch, GBS, die Schulen, da hat die Volksinitiative eine ganze Menge schon erreicht, aber auch das wird nur ein Anfang sein, denn dort ist das Thema Fachkräftemangel und Fluktuation, auskömmliche Arbeitsverträge, noch ein viel, viel größeres Thema. Und das Thema Räume, wir wollen jetzt Ganztagschulen schaffen, die nicht nur Unterricht machen, dafür müssen wir auch die Räume entsprechend einrichten, müssen ausgestattet sein, auch das ist ein Thema, wo sicherlich Manja Scheibner noch ein bisschen was dazu sagt. Auch da haben wir, glaube ich, jetzt erst mal nur den Anfang gelegt.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank, wunderbar in der Zeit. Und wir merken ja, was für ein riesiges Spektrum an unterschiedlichen Themen wir da haben. Jens, Du wirst es noch bereichern.

Jens Stappenbeck: Ich versuche, das mal zu bereichern. Bei der letzten Anhörung, als ich hier gesessen habe, waren die gleichen Stichworte wie in dieser Sitzung oder in dieser Anhörung auch. Überrollte Haushalte war das eine, 0,88 % ist auch ein Begriff, der immer wieder durch den Raum geisterte und immer noch geistert, und Schuldenbremse. Das sind so die drei großen Begriffe. Ich habe mir für heute vorgenommen, ein paar Blitzlichter in verschiedenen Bereichen zu setzen und nicht die durchaus hier schon prominent vertretenen Bereiche mit aufzugreifen, zu meiner Rechten und zu meiner Linken beispielsweise.

Dennoch würde ich mal mit der Jugendhilfe beginnen wollen. Jugendhilfe, SHA-Projekte – HZE. Die Hilfen zur Erziehung sind Hamburg zu teuer gewesen, so ist unser Eindruck. Deshalb hat man hier einen Weg gewählt über Projektfinanzierung, SHA-Projektfinanzierung, das Thema ein Stück weit, ich sage mal, finanziell besser in den Griff zu bekommen. So zumindest denkt sich das die Stadt und hat diese SHA-Projekte aufgebaut. Es werden die Regelangebote immer weiter zurückgefahren, der Ausbau der SHA-Projekte hat dazu geführt, dass mittlerweile circa 5.000 Familien über Projekte versorgt werden, so kann man sich das ungefähr vorstellen, um

das mal ein bisschen zahlenmäßig zu fassen. Wir sagen, dass genau der umgekehrte Weg der richtige ist. Wir brauchen den Ausbau der Regelangebote mit dem Andocken von Einzelfallhilfen. Alles andere wird auf mittel- bis langfristige Sicht nicht billiger, sondern teurer. Vielleicht ein erstes Schlaglicht. Ein zweites Schlaglicht im Bereich der Jugendhilfe, Szenenwechsel, SGB-8-Reform. Hier auch nur ein ganz kleiner Punkt, den ich vielleicht einmal benennen möchte, das ist der Punkt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Da gibt es eine Diskussion im Rahmen dieser SGB-8-Reform, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nicht im Rahmen der Standards der Kinder- und Jugendhilfe versorgt werden sollen, sondern im Rahmen des § 13 der Jugendsozialarbeit. Das führt zu abgesetzten Standards. Das Ganze ist auch deutlich billiger. Hier sage ich an der Stelle: Augen auf, da muss man sehen, dass man in Zukunft oder gerade bei diesem Punkt SGB-8-Reform dieses versucht zurückzukämpfen. Den ganzen Bereich Kinder- und Jugendhilfe – Kita, ganztägige Betreuung an Schulen – will ich nicht weiter aufmachen, das ist, wie gesagt, gut vertreten hier.

Ich komme zum nächsten Thema: Sucht, Suchtberatung, Suchtberatungsstellen. Hier haben wir die Situation, ich habe es gesagt ganz zu Anfang, überrollte Haushalte. Das Einfrieren der Zuwendungen für die Suchtberatungsstellen hat letztlich dazu geführt, dass wir in dem Zeitraum von 2011 bis 2016 durch die Nichtrefinanzierung der Tarife uns 13,4 % fehlen in der Finanzierung oder in der Refinanzierung. Das führt zu einer Deckungslücke insgesamt von 787.500 Euro in diesem Bereich. Das können die Einrichtungen so nicht wuppen. Und was kommt am Ende dabei raus? Natürlich Leistungskürzungen, die will ich wenigstens an dieser Stelle einmal kurz aufzählen. Verkürzung von Sprech- und Öffnungszeiten, Verlängerung der Wartezeit, Reduzierung der Beratungs- und Betreuungskennzahlen, Verringerung der Gruppenangebote, Verringerung bzw. Wegfall der beratenden Unterstützung von Selbsthilfegruppen, Reduzierung von Überlebenshilfen zu Angeboten, Verringerung von Vernetzung und Kooperationsaktivitäten, Arbeitsverdichtung, vermehrter Einsatz von Honorarkräften, 450-Euro-Kräfte, befristete Arbeitsverhältnisse, vorübergehende Nichtbesetzung und Vakanzen, Streichung der betrieblichen zusätzlichen Altersversorgung, Einsparung im Sachkostenbereich, Vernachlässigung von In-

vestitionen. Das ist der Bereich der Suchthilfe, auch diesen will ich verlassen, uns bleiben fünf Minuten.

Ich will zum nächsten Bereich kommen, Wohnungslose. Auch ein kurzes Schlaglicht, Wohnungslose, was haben wir da für ein besonderes Problem? Das besondere Problem der psychisch kranken Wohnungslosen, die nicht oder unversorgt sind. Hier ist die Stadt auf die Idee gekommen, nachdem wir das mehrfach gefordert haben, hierfür brauchen wir ein Angebot, ist die Stadt auf die Idee gekommen, wir haben doch ein Angebot geschaffen in der Eingliederungshilfe mit der ambulanten Sozialpsychiatrie. Und hier gibt es ja ein offenes Angebot im Bereich der Beratung, dass es nämlich hier so genannte Beratungsstellen gibt. Und das könnte ja diese Aufgabe übernehmen. Das Klientel der wohnungslosen psychisch Kranken wird niemals in solch eine Beratungsstelle gehen. Das ist zynisch.

Letzter Punkt, der liegt mir sehr am Herzen, und jetzt werde ich bestimmt eine Minute überziehen, Finanzierung der offenen Seniorenarbeit in Hamburg überhaupt, bislang noch gar nicht gefallen. Was ist diese offene Seniorenarbeit? Das sind in erster Linie in Hamburg Seniorentreffs. 82 gibt es davon, historisch gehen die zurück in die fünfziger Jahre, Wärmestuben für ältere Menschen, die sich die Heizkosten nicht leisten können. Diese Seniorentreffs gibt es, werden finanziert seit zehn Jahren mit einer Größenordnung von 6.993 bis 8.993 Euro per anno pro Seniorentreff, 82. Stück, 7.000 bis 9.000 Euro um und bei pro Jahr. Das ist die Größenordnung, mit der die umgehen. Hierzu gibt es jetzt eine neue Globalrichtlinie und eine Erhöhung der gesamten Zahlung oder soll es geben. Es gibt nämlich insgesamt für alle Seniorentreffs in der Rahmenzuweisung 100.000 Euro mehr. Das ist nicht so viel für 82 Einrichtungen, das reicht noch nicht mal zur Deckung der Betriebskosten, die wir als Steigerung in den letzten zehn Jahren hatten. Das ist der eine Teil. Der zweite, der dabei wichtig ist, dass diese Rahmenzuweisung oder überhaupt die Verteilung der Gelder auf die Bezirke nach einem sehr fragwürdigen Schlüssel funktioniert. Dieser Schlüssel funktioniert nämlich so, dass die Anzahl der Single-Haushalte von Menschen, die über 60 Jahre alt sind, und die Anzahl der Grundsicherungsempfänger pro Bezirk genommen wird und daraus der Schlüssel gebildet wird. Das fällt natürlich in den Walddörfern oder in

Poppenbüttel anders aus als in Mitte. Das führt dann dazu, dass einzelne Bezirke relativ gut ausgestattet sind bei diesem wenigen an Geld und andere eben schlechter. Insgesamt brauchen wir für die offene Seniorenarbeit einen aus meiner Sicht völlig neuen Ansatz, wir müssen hier uns überlegen, wie das in Zukunft weitergehen soll, denn das wird ein drängendes Problem werden, wenn wir prekäre Arbeitsverhältnisse und damit natürlich die Rentenversicherung etc., dieses alles betrachten, demografische Entwicklung, dann wird uns das hier richtig auf die Füße fallen. Danke.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank, Jens. Am meisten überzogen von allen, aber auch ganz viele Themen genannt.

Manja Scheibner: Ist ein bisschen wie Speed Dating hier, mir dreht sich schon der Kopf von den ganzen Themen, obwohl ich es noch nie erlebt habe, aber so muss es sein. Ja, Manja Scheibner von der Volksinitiative Guter Ganzttag, wobei es jetzt vielleicht eher nur noch eine Initiative ist. Wir haben im letzten Jahr 15.000 Unterschriften gesammelt und damit die Bürgerschaft gezwungen, sich mit dem Anliegen zu beschäftigen, haben dann auch ein halbes Jahr lang verhandelt mit den Regierungsfractionen und sind zu einer Einigung gekommen jetzt im Juni. Und das hatten wir auch immer wieder gesagt, das ist ein Kompromiss gewesen, ganz klar. Und es gibt große Bereiche trotzdem noch im Ganzttag an Schulen, die weiterhin verbessert werden müssen, wo es weiterer Anstrengungen und auch Nachfinanzierungen bedarf. Bewegt hat uns eigentlich, dass Ganzttag an Schule heute bedeutet, dass ein Großteil der Kindheit an Schule stattfindet. Es gibt auch Kinder, die wirklich fünf Tage die Woche von 8 bis 18 Uhr in der Schule verbringen. Und insofern muss sich Schule zu einem Ort verändern, der Kindern gerecht wird, und alle Rahmenbedingungen dementsprechend auch.

Wir hatten vier Bereiche, einmal Personal, Räume, Mittagessen und Kooperation. Und ich würde gern mit dem Bereich Personalmittel beginnen. Das, was wir ausgehandelt haben, wissen wir jetzt, wird aus Rückstellungen finanziert, die in der Schulbehörde noch vorhanden sind. Das heißt, das sind keine frischen Mittel. Die kommen, und das ist aus unserer Sicht bedenklich, weil das sicherlich nicht kostendeckend sein wird und weil damit dann auch für andere Bereiche, die wir nicht verhandeln konnten,

kein Geld mehr zur Verfügung steht, was den Ganzttag betrifft. Zu den Bereichen komme ich gleich. Was wir erreichen konnten, sind 17,5 %, allerdings auch erst ab endgültig 2020 und auch nur für die Grundschulen. Die weiterführenden Schulen sind im Wesentlichen leer ausgegangen, obwohl das ja Kinder bis zum 14. Lebensjahr betrifft. Deswegen ist ein wesentlicher Punkt, dass auch an den Stadtteilschulen und Gymnasien die Mittel entsprechend erhöht werden müssen, die reichen im Moment nicht aus, um den Ganzttag mit Fachkräften auszustatten. Auch dort ist ja häufig eine Kooperation mit Jugendhilfe der Fall, oft in Rand- und Ferienzeiten. Das können die Träger häufig nur quer finanzieren. Es ist auf jeden Fall nicht auskömmlich für Fachkräfte, sondern auch oft nur Honorarkräfte oder Hilfskräfte. Was wir ganz dringend brauchen, ist eine Anpassung bezüglich der Flüchtlingskinder, Ganzttag in IVK- und ABC-Klassen. Da haben wir in der Unterrichtszeit einen Schlüssel eins zu zehn bis eins zu fünfzehn, und was dann die Ganztagsbetreuung betrifft, Nachmittagsbetreuung, gibt es keine weiteren Mittel für die Träger. Also das, was wir vorher schon als einen zu schlechten Schlüssel angeklagt haben, eins zu 23, ist auch für diese Klassen vorgesehen. Das muss analog zu den Unterrichtszeiten auf jeden Fall nachfinanziert werden.

Wir haben das große Thema Inklusion leider nicht bewegen können mit der Volksinitiative, aber da wird Pit Katzer gleich noch was dazu sagen, da spare ich mir ein bisschen Zeit. Nur dazu noch ein Wort, es ist ein ganz wesentlicher Punkt, gerade was den Ganzttag betrifft, weil die Teilhabe ja auch in der Freizeit gegeben sein muss, und gerade da begegnen sich die Kinder ja auf einem ganz anderen Niveau, und gerade da kann Inklusion ganz wunderbar gelebt werden. Ganz wichtiger Punkt beim Personal: Die Arbeitsplätze attraktiver gestalten, Erzieherinnen und Erzieher arbeiten heute im Ganzttag häufig nur 15 bis 20 Stunden, hohe Fluktuation, ist uns klar. Das muss weiter im Blick behalten werden, weil das, was wir so aus der Schulbehörde mitbekommen, ist, dass es da im Moment noch keine Lösung gibt. Und es gibt auch keine Finanzierung dazu, dass auch zu Unterrichtsparallelzeiten jugendhilfeoriginäre Tätigkeiten eingerichtet werden. Und auch wieder der Fachkräftebedarf, wenn wir eine Personalmitteilerhöhung haben, dann brauchen wir natürlich auch mehr Fachkräfte, Ausbildung entsprechend.

Ganz kurz zum Thema Räume. Was wir auch nicht erreicht haben, ist, dass Schulflächen immer noch verkauft werden, dass es immer noch Abmietungen gibt. Und da sagen wir ganz klar, Sanierung und Neubau darf nicht auf dem Rücken anderer Schulen erfolgen, das Musterflächenprogramm darf sich nicht auf alte ungünstig gebaute Schulen auswirken und damit zu Abmietungen führen. Kinder brauchen mehr Platz, wir müssen die offene Kinder- und Jugendhilfe stärken, auch als externen außerschulischen Partner und Anlaufstelle. Beim Thema Mittagessen hatten wir noch Geschwisterkindregelungen, muss auch für die weiterführende Schule gelten. Das ist im Moment nicht der Fall. Sobald die in die fünfte Klasse kommen, fallen sie da raus.

Und am Schluss noch natürlich, über allem stehen Kooperation und Qualität. Wir hatten das angesprochen, es gibt eine Kooperationspauschale ja für die Schulen, für den Austausch der unterschiedlichen Professionen. Die ist allerdings nicht angepasst an die Zügigkeit. Das muss geändert werden, und ganz wesentlich, und das vielleicht zum Schluss, weil es auch nicht so viel Geld kostet, wir brauchen unbedingt eine Änderung in der Haltung, denn es geht hier ja um unsere Kinder und die künftige Gesellschaft. Und wir müssen die Stärken von Jugendhilfe und Schule unbedingt zusammenführen, wir brauchen eine zentrale übergeordnete Anlaufstelle, nicht einzelne Hände in der Schulbehörde, die die Qualität des Ganztags nach vorn bringen wollen, sondern ein echtes Miteinander und den Blick auf die Kinder.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Pit Katzer.

Pit Katzer: Ich spreche hier für das Hamburger Bündnis für schulische Inklusion. Dieses Bündnis hat sich vor zwei Jahren ungefähr gegründet, umfasst inzwischen über zwanzig Organisationen von Eltern, Pädagogen, Schüler_innen sowie Gewerkschaften. Ziel des Bündnisses ist, die Inklusion in Schule und Bildungspolitik ins Zentrum zu rücken, so auch der Titel des Memorandums. Dort heißt es unter anderem, die Entwicklung und Umsetzung schulischer Inklusion ist die mit Abstand größte bildungspolitische Aufgabe unserer Zeit. Sie erfordert ein grundlegend verändertes Verständnis von Schule und eine umfassende Unterrichts- und Schulentwick-

lung. Die inklusive Schule ist im Interesse aller Schüler_innen, ein lohnendes Ziel, sie ist die Schule der Zukunft.

Wir haben als Bündnis neben Aktionen insbesondere vor 1 ¾ Jahr im Wahlkampf über eine Demonstration, eine mit 500 Leuten besuchte Podiumsdiskussion mit Öffentlichkeitsarbeit usw. Druck erzeugt. Das ist der eine Teil für Ressourcen. Der andere Teil, uns zu kümmern um Qualitätsentwicklung, dazu haben wir unter anderem zwei Fachtagungen in diesem Jahr mit jeweils mehreren hundert Menschen durchgeführt zum Bereich Förderschwerpunkte geistiger Entwicklung und Autismus, vor sieben Jahren, als bekannt wurde die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung im Hamburger Schulgesetz, und zwar von allen Fraktionen und ohne Gegenstimmen, rechtlich umgesetzt. Viele Schulen haben sich seitdem auf den Weg gemacht, eine inklusive Pädagogik und Didaktik zu entwickeln, aber diese qualitativ anspruchsvolle Aufgabe wird durch unzureichende personelle und räumliche Bedingungen extrem erschwert. Für Schüler_innen mit Behinderung, für die eigentlich die UN-Konvention für den schulischen Bereich gemacht worden ist, wurden seit 2012 die Personalressourcen in der Inklusion im Zuge der Abschaffung der Integrationsklassen um ein Drittel, um ein Drittel gekürzt. Das ist die massivste Ressourcenkürzung für eine Schülergruppe in den letzten Jahrzehnten. Sie trifft ausgerechnet diese Kinder, deren Menschenrecht auf Inklusion durch die UN-Konvention und die darauf bezogene Schulgesetzänderung abgesichert werden soll. Nach wie vor gibt es für diese Schüler_innen im Bereich der Therapie und Pflege kein vergleichbares Angebot wie in den speziellen Sonderschulen. Auch die für die Inklusion zusätzlich benötigten Räumlichkeiten tauchen im schulischen Musterflächenprogramm nicht auf. Dasselbe gilt für den Bereich barrierefreie Gestaltung.

Diese unzureichenden Rahmenbedingungen tragen maßgeblich dazu bei, dass viele Eltern ihr Kind an einer speziellen Sonderschule anmelden, obwohl sie eigentlich schulische Inklusion für ihr Kind möchten. Die Folge ist, dass die Zahl der Kinder mit einer Behinderung an Sonderschulen heute immer noch genauso hoch ist wie vor der schulgesetzlichen Verankerung der Inklusion. Wir fordern deswegen mehr Zeit für eine intensive pädagogisch-didaktische Kooperation in den multiprofessionellen Teams für die Weiterentwicklung der inklusiven Unterrichts- und Schulkultur, für

mehr Stunden, die von zwei Pädagogen doppelt besetzt sind. Wir fordern, dass das therapeutische und Pflegepersonal wie an speziellen Sonderschulen an den inklusiven Schulen beschäftigt wird und in die multiprofessionelle Teamarbeit einbezogen wird. Dieses Personal muss zusätzlich an den Schulen beschäftigt werden und darf nicht gegen die Ressource des pädagogischen Personals aufgerechnet werden. Und wir fordern, dass Schulen barrierefrei eingerichtet werden und die nötigen Therapie-, Rückzugs-, Ruhe- und Differenzierungsräume geschaffen werden. Und die inklusiven Schulen benötigen ausreichende Sachmittel für eine behindertengerechte Ausstattung.

Das ist der Bereich Kinder mit Behinderung. Dann gibt es den Bereich der Kinder mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt Lernen, Sprache und emotionale soziale Entwicklung. Dort waren in der Bürgerschaftsdrucksache inklusive Bildung an Hamburgs Schulen 2012 pro Schüler_in mit LSE drei zusätzliche Lehrer_innenstunden für notwendig gehalten. Mit der von der BSB selbst vorgenommenen externen Diagnostik stellte sich dann Anfang 2015 heraus, dass die Zahlen der Schüler_innen mit LSE sehr viel höher sind als das, was man 2012 angenommen hatte. Statt die Personalressourcen entsprechend dieser Steigerung der betroffenen Schüler aufzustocken, wurden wesentlich weniger Stellen als nötig bereitgestellt. Lediglich der Druck unter anderem des Bündnisses im Bürgerchaftswahlkampf hat dazu geführt, dass überhaupt erhöht worden ist, nämlich damals um 120 Stellen. Notwendig wären aber gewesen für diese wachsende Anzahl, was von der Bürgerschaft selber als notwendig erachtet wurde, 350 Stellen. Das heißt, 230 Stellen mehr als jetzt bewilligt worden sind. Das heißt immer aufwachsend sozusagen in den Jahrgängen bis 2020. Das wäre in aller Kürze eine Schilderung der Problemlage und der Notwendigkeiten, die Rahmenbedingungen zu verändern in diesem Bereich.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Jetzt kommen wir in einen völlig neuen Bereich, Ihr seid ja zu zweit, Ihr werden schon irgendwie eine gute Form finden gemeinsam.

Wiebke Oetken: Wiebke Oetken, Jugendbildungsreferentin bei der DGB-Jugend in Hamburg. Ich wollte mich zunächst oder vorweg einmal kurz bei

der Sportjugend und beim Landesjugendring bedanken für deren Statements zum Thema Landesförderplan und Finanzierung. Wir sind auch als Jugendverband Teil des Landesjugendrings und unterstützen die Forderungen in dem Sinne und sind eben auch so davon betroffen. Wir möchten heute aber über das Thema Ausbildung reden, und dazu gebe ich dann ab an meinen Kollegen Simon, ehrenamtlicher Vorstand der DGB-Jugend Hamburg.

Simon Küppers: Ich wollte eigentlich über drei Themen sprechen, insbesondere Berufswahlhilfen in der Schule. Nachdem jetzt insgesamt schon relativ viel zum Thema Schule und irgendwie Pädagogik gesprochen wurde, möchte ich das Ganze auf eine Zahl runterkürzen, dass die verpflichtenden Betriebspraktika in der neunten Klasse 60 % der Schüler_innen nicht dabei helfen, ihren späteren Ausbildungsberuf zu finden. Das ist dafür, dass es ein verpflichtendes Programm ist, finde ich, eine relativ schlechte Zahl. Dann springe ich direkt weiter in die Übergangszeit von der Schule in die Ausbildung. Dieses Jahr, das ist eine Zahl, die, ich glaube, gestern, veröffentlicht wurde, sind 1.173 von den gemeldeten Ausbildungsbewerber_innen nicht in eine Ausbildung gekommen und müssen jetzt irgendwo im Zweifelsfall bis nächstes Jahr warten, bis sie sich auf einen Beruf bewerben können. Und da würde ich jetzt direkt anschließen an das so genannte Hamburger Modell bzw. die Berufsqualifikationsjahre. Diejenigen Auszubildenden, die direkt eine Ausbildungsstelle bekommen, sind ja erst mal versorgt. Das heißt, diejenigen, die übrig bleiben, das kann unterschiedliche Gründe haben, mangelnde schulische Qualifikation oder Ähnliches, kommen dann eben diese Berufsqualifikation. Da ist der Schlüssel von Pädagogen oder von Angestellten zu zu betreuenden Schüler_innen oder Vergleichbarem eins zu ungefähr 39 bei einem ungefähr eine Seite langen Anspruchskatalog. Die sollen diese Berufsqualifikationsteilnehmer_innen begleiten und betreuen auf dem Weg in die Unternehmen und auch während sie in diesen Betrieben arbeiten, sollen Ausbildungsplätze in den Betrieben akquirieren und sollen praktisch in allen Lebensbereichen und Lebenslagen diese Teilnehmenden an den Berufsqualifikationen auch weiter beraten und unterstützen, sollen dabei noch regelmäßig die Betriebe besuchen, die Betriebe selbst auch unterstützen bei allen möglichen Formalien, sollen zum Beispiel die Ausbildungsverträge

mit aufsetzen oder deren Unterschreiben mit begleiten und sollen dann am Ende noch am besten an den Zeugniskonferenzen teilnehmen und Ähnliches. Das steht alles so in der Anfrage von der Bürgerschaft bzw. in der Antwort darauf. Es sind schon relativ erschreckende Zahlen, und das ist ein sehr wichtiges Mittel eigentlich, um junge Menschen, die eben sonst nicht in eine Ausbildung zu bekommen sind, überhaupt in eine Ausbildung zu bekommen. Von daher ist es unbedingt nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen und zusätzlich ist unseres Erachtens zu schaffen eine Art Ausbildungsgarantie oder zumindest etwas Vergleichbares bei allen Ausbildungsberufen, wie die Altenpflegeumlageverordnung. Ich weiß nicht, wem das im Raum was sagt. Im Endeffekt alle Pflegebetriebe, also alle Altenpflegebetriebe zahlen einen gewissen Prozentsatz ihrer finanziellen Mittel in einen Fonds ein. Diejenigen, die ausbilden, kriegen einen Teil des Geldes daraus zurück, eben weil sie durch die Ausbildung höhere Unkosten haben und ansonsten eben wettbewerbsmäßig benachteiligt sind. Das soll dann dazu führen, dass weiter auch junge Menschen ausgebildet werden können.

Und dann als zweiter Punkt zum Arbeitsschutz während der Ausbildung. Wenn diese Menschen einmal eine Ausbildung gefunden haben, dann muss irgendwie auch sichergestellt werden, dass diese Menschen da menschenwürdig arbeiten können. 38,4 % leisten regelmäßig Überstunden der auszubildenden Minderjährigen, 13,4 % arbeiten regelmäßig mehr als vierzig Stunden die Woche, das sind bei Minderjährigen in Führungsstrichen nur 8,3 %. Bei denen ist es aber tatsächlich verboten. Und wenn dann immer noch knapp 10 % da ganz eindeutig gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verstoßen wird, dann ist es extrem problematisch. Ich kann noch jede Menge andere Zahlen runterbeten. Das große Problem ist, dass die Kammern abhängig sind von den Arbeitgeber_innen und nicht irgendwie neutral sind oder auch unabhängig sind. Diese Abhängigkeit muss irgendwie durchbrochen werden, und das eben am besten dann zum Beispiel, indem die zumindest teilfinanziert werden, die Überprüfungsstellen, durch Landes- oder Bundesmitteln. Danke.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Ja, an den AStA.

Mena Winkler: Moin, wir sind Franziska und Mena vom AStA der Uni Hamburg, also die Studentische politische Interessenvertretung der Studierenden eben an der Uni Hamburg. Und wir wollen auch einmal kurz dazu sprechen, wie die Kürzungspolitik auch die Universität gängeln soll, weil die Auswirkungen dieser Politik ja nicht vor allem formale, sondern auch inhaltliche Auswirkungen sind, da ja bewusst die finanziellen Mittel der öffentlichen Einrichtungen gekürzt werden, um inhaltlich was zu ändern. Oder eben, wie es der Handelskammerchef 2014 für den Hochschulbereich formuliert hat, ich zitiere: Dabei haben wir immer betont, dass die finanzielle Ausstattung der Hochschulen nur eine Bedingung, aber nicht die alleinige Voraussetzung für die Schaffung oder den Erhalt von exzellenter Forschung ist. Begrenzte öffentliche Mittel können nämlich auch Initiator für eine stärkere Fokussierung und Profilbildung sein. Das wiederum kann dabei helfen, Exzellenz entstehen zu lassen. Dadurch wird es ermöglicht, leichter, besser und enger mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Also die Wissenschaft soll für Partikularinteressen in der Wirtschaft verfügbar gemacht werden mit der aktuellen Schuldenbremsenpolitik und abgehalten werden davon, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern.

Und das wollen wir kurz noch an zwei Beispielen aus dem universitären Bereich verdeutlichen. Die Finanzierung von Wissenschaft ist in den neunziger Jahren umgestellt worden, die Mittel wurden nicht mehr an die Hochschulen, an die Wissenschaftler verteilt, sondern es wird verteilt, dass die Wissenschaftler_innen um die Mittel für ihre Arbeit im Wettbewerbsverfahren konkurrieren oder sie sich eben besorgen. Oder eben so, wie der Präsident der Uni es auf der Immatrikulationsfeier beschrieben hat: Stellen Sie sich vor, die Bandarbeiter_innen bei BMW oder Mercedes müssten die erforderlichen Materialien wie Metall, Leder, Kunststoffe oder Gummi beantragen und ihr Gehalt würde davon abhängig gemacht werden, ob es ihnen gelingt, dieses Geld von Dritten, also nicht von BMW oder Mercedes, zu besorgen. Da kann man sich vorstellen, das erhöht den Konformitätsdruck enorm, und auch das neue aufgelegte Programm der Exzellenzstrategie der Bundesregierung bedeutet weiter Konkurrenz und künstlich verknappte Mittel und eben auch, dass sich wissenschaftlich inhaltlich auf Prestige versprechende Bereiche ausgerichtet wird, das

auch unter gesteigertem Finanzierungsdruck. So wird dann zum Wissenschaftsinhalt, dass Gewerkschaften die Ursache für die Arbeitslosigkeit sind, weil sie ja das Marktgleichgewicht stören, und eben nicht daran geforscht wird, was wohl die Ursachen der strukturellen Arbeitslosigkeit sind und wie wir sie überwinden können oder eben, dass der Förderschwerpunkt Lernen im Sonderpädagogikstudiengang nicht mehr professional begleitet wird. Das sind auch Folgen dieser Politik.

Franziska Hildebrandt: Ja, und ähnliche Folgen findet man natürlich auch auf der Ebene von den Studierenden, was am deutlichsten in der in die Universitäten reingedrückten Bologna-Orientierung, also mit den Bachelor-/Master-Studiengängen, deutlich wird, auch darüber, dass es natürlich günstiger ist, also weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden, umfassend eine Arbeitsmarktorientierung für die Studierenden in die Studiengänge reinbringen sollte, was am allerdeutlichsten daran wird, dass es eine Teilung in eine breite Masse und eine kleine Elite geben soll, also dass nicht jeder die Möglichkeit hat, einen Masterplatz zu studieren, was dann natürlich die Effekte hat, dass es eher dazu anhält, gegeneinander zu studieren anstatt Wissenschaft und Lernen sinnvoll gemeinsam kooperativ-solidarisch umzusetzen.

Dann wollte ich noch kurz darauf eingehen, ein häufig dadurch entstehender Satz, der das vielleicht ganz gut veranschaulichen kann, ist die Aussage, ich muss noch lernen, also die ganz gut auf den Punkt bringt, wie mit der fehlenden Finanzierung – was zum Beispiel auch daran dann deutlich wird, dass natürlich andere Prüfungsformen gewählt werden. Also es ist viel günstiger, eine Massenklausur für die Studierenden zur Verfügung zu stellen anstatt ein wirkliches, an dem einzelnen Studierenden orientiertes inhaltliches Feedback und eine Rückmeldung zu dem wirklichen Lernprozess zu geben, das entsprechend umzusetzen. Und das führt dann zu so Aussagen wie, ich muss noch lernen, was eigentlich letztendlich eine totale Degenerierung von dem eigentlich dahinter stehenden Auseinandersetzungsprozess und Erkenntnisprozess natürlich ist. Damit wird auch, finde ich, sehr deutlich, dass das Alternativlosigkeitsdogma im Wissenschaftsbetrieb wie überall natürlich gescheitert ist, weil etwas ganz anderes notwendig ist. Und auch daher setzen sich in den unterschiedlichen Bereichen Leute natürlich dagegen ein. Also zum Beispiel in der Studien-

reform, die mittlerweile weit vorangetrieben ist, ist mittlerweile der Stand, dass man eigentlich aktuelle gesellschaftliche Probleme bearbeiten möchte, das problemlösungsorientiert kooperativ-gemeinsam und im besten Fall interdisziplinär, was dann natürlich bedeutet, dass ich im besten Fall nicht nur einen Lehrenden, also gerade beim Stichwort interdisziplinär, sondern mindestens zwei oder noch mehr Lehrende in Veranstaltungen mit auch kleinen Studierendengruppen brauche. Um in diesem Sinne eine gute Forschung und Lehre machen zu können, dafür hat sich im Sommer auch eine breite Kampagne gegen die Exzellenzinitiative zusammengefunden, die 3.000 Unterstützer_innen hatte und für eine entsprechende solidarische Bildung und Wissenschaft eingetreten ist. Und Entsprechendes haben wir auch hier in Hamburg gemacht. Dort haben wir auch Unterschriften gegen die Exzellenzinitiative gesammelt, in kurzer Zeit sind 1.300 Unterschriften zusammengekommen, und die Leute haben genau dafür unterschrieben, also gegen die Exzellenzinitiative, und genau dafür, dass alle Mitglieder der Hochschulen sich stattdessen umfänglich wissenschaftlicher Erkenntnisbildung, Innovation und Kritik zur Entwicklung einer menschenwürdigen Welt widmen können sollten. Und dafür wurde gefordert, dass damals geplante Geld für die Exzellenzinitiative stattdessen einfach in die Grundfinanzierung der Hochschulen geht, was ein Anfang gewesen wäre.

Mena Winkler: Noch ganz kurz ergänzend darauf, aufbauend auf unseren Kämpfen auch in der Universität hat die Universität sich in den letzten Jahren immer wieder verweigert, die Ziel- und Leistungsvereinbarung zu unterschreiben und ist jetzt dabei, mit der Behörde auch zu verhandeln, die Kürzungspolitik, die Schuldenbremsenpolitik nicht mehr mit der Universität umzusetzen, sondern mehr Geld einzuplanen als real von der Bürgerschaft zugewiesen wird, was ein Schritt in die richtige Richtung ist, nicht mehr sozusagen ideologisch die Schuldenbremse aufzuerlegen, sondern darüber hinaus zu denken und zu sagen, wir brauchen mehr, wir wissen, wo es langgeht, und das Geld in der Stadt Hamburg ist auch da. Und von daher wollen wir alle ermuntern, das Gleiche zu tun und mit uns zu diskutieren, wie wir uns das Geld holen.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Thomas.

Thomas Auth-Wittke: Ich bin vom Fachbereich Bund, Länder und Gemeinden von Verdi, und wenn ich arbeite, bin ich Personalrat im Bezirksamt Bergedorf. Ich kann als solcher so ein bisschen einen Blick darüber geben, was passiert eigentlich bei den Beschäftigten der Stadt selbst angesichts dessen, was an Fiskal- und Haushaltspolitik passiert. Und das ist einiges. Und der Kollege von der Erziehungsberatung hat es nur so formuliert, aber ist, glaube ich, auch so ein bisschen in so eine Falle geraten, nämlich dass er zwischen die Fänge geraten sei bei der Frage fachlicher Standards zwischen Fachbehörde und Bezirken. Nein, er ist in die Fänge geraten der Finanzbehörde, nämlich der Haushalts- und Fiskalpolitik. Das Deckeln von Budgetansätzen, von Budgets für die ganzen Behörden führt eben dazu, dass vieles nicht mehr möglich ist, obwohl es fachlich notwendig erachtet wird meinetwegen. Und das hat der Finanzsenator selbst gemerkt, dass er da eine Politik angestoßen hat, die ihm auch vor die Füße fällt, und das hat er in seinem Verantwortungsbereich, das hat nicht so viel mit Sozialem und Kultur zu tun, die Bürgerzentren, die Kundenzentren, wo Personalausweise und so was gemacht werden. Verantwortungsbereich des Finanzsenators, denn er ist für die Bezirke zuständig, und damit hat er total viel zu tun, findet er wichtig.

Wichtig fand er aber zuerst die Deckelung der Budgets, Personalkostenbudgets, der Bezirke, was dazu geführt hat, dass auch in den Bezirken seit Jahren gespart wird, gekürzt wird. Klasse Idee, wo hat man sozusagen eine große Zahl von gleichartig Beschäftigten? Da fällt es nicht so wahnsinnig auf, wenn man mal einen rausnimmt. Das ist dann eben in den Kundenzentren gewesen, das ist eine Zahl von 260, 270, 280, 290 Beschäftigten da. Nimmt man mal 40, 50 raus, merkt ja kaum einer, und dann passiert auch nichts. Ist natürlich eine Menge passiert, alle merken das, Wartezeiten für irgendwie einen Termin zu kriegen, all so was, da hängt eine Menge dran. Ich kenne erste Fälle, da wird eben der Hartz-IV-Antrag so lange nicht bearbeitet, bis die Nummer mit der Meldung geklärt ist. Das hat also auch Folgen im Weiteren. Und das hat nicht nur Verdross. Das führt bei den Beschäftigten zu einer Krankheitsquote in den Einwohnerämtern, die weit über dem gewerblichen Bereich liegt. Das ging im letzten Jahr bis an die 20 % ran, das ist also jenseits dessen, was wir eigentlich in der öffentlichen Verwaltung haben. Das geht nicht. So was

macht er jetzt, der Finanzsenator, sagt natürlich, schwarzen Peter geschoben, was habt ihr denn da gemacht. Ihr habt ja auf meinen Ratschlag gehört und Personalkosten eingespart, aber doch an der falschen Stelle.

Teile und herrsche, das ist das andere, was passiert, das erlebt Ihr auch alle überall. Es wird gesagt, irgendwie weniger Geld, aber seht mal zu, dass ihr damit klarkommt. Geht ja schon irgendwie. Kommt Ihr damit klar oder wird es irgendwo gemacht? Es ist immer an der falschen Stelle, und es gibt entweder einen auf den Deckel oder, wenn man Glück hat, ein bisschen mehr Geld. Das passiert dann auch, das ist zum Beispiel den ASD passiert. Natürlich hat es mehr Personal gegeben in den allgemeinen Sozialen Diensten in den Bezirken. Es gab ein Personalbemessungssystem. Anfangs waren wir noch ziemlich euphorisch in der Diskussion, weil, auch das haben wir gehört, hohe Fluktuation, immer wieder wechselnde Bezüge auch zu den Familien, viele neuen Kolleg_innen, hauptsächlich Kolleginnen und Kollegen einzuarbeiten, zusätzlicher Personalaufwand. Was macht man mit einem Personalbedarfsmessungssystem? Das quantifizieren. Am Ende ist es nicht ganz gelungen, genau das zu quantifizieren, obwohl es gut möglich gewesen wäre, sondern es ist jetzt über so eine quasi Regelung, weil es den ASD in den Bezirken ja gestattet ist, mit mehr als der eigentlich angedachten Personalausstattung zu fahren, und da sei das dann schon irgendwie mit drin. Dieses Mehr führt in vielen Bezirken einfach nur dazu, dass eigentlich die ...(?) hundertprozentig wirklich gehalten werden können, weil es ein ewiges Hinterherlaufen hinter entstandenen oder entstehenden Vakanzen ist.

Was passiert da eigentlich mit dieser ganzen Fluktuation im Moment? Wir haben im Öffentlichen Dienst inzwischen Schwierigkeiten, Stellen zu besetzen. Wir haben aber immer noch vom Personalrat, vom Senat die Ansage, es wird intern ausgeschrieben. Es gibt die Ausnahmetatbestände da, wo wir tatsächlich nicht ausbilden. Technische Berufe können wir natürlich extern ausschreiben. Es gibt die Luxusbereiche da, wo sich einen Arzt für den öffentlichen Gesundheitsdienst aussuchen kann, nach welchem Tarif er bezahlt werden möchte, weil tatsächlich die Knappheit so groß ist, dass Staat in Konkurrenz um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steht. In vielen Bereichen ist es ja überall so, dass wir die Preise auch draußen bestimmen, und dann drücken wir halt. So funktioniert es ja.

Im technischen Bereich genau das Gleiche. Da werden Stellen inzwischen so bewertet, dass man Leute kriegt und nicht die Stelle bewertet. Also da wird geguckt, wie man konkurrenzfähige Preise zahlen kann für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Massive Forderung, klare Forderung ist eher, eine personalvorausschauende Personalpolitik zu machen, Tarif so zu gestalten, dass man auch konkurrenzfähig bleibt im Öffentlichen Dienst, Ausbildung so zu gestalten, und das heißt einmal Ausbildung, aber auch Einarbeitung so zu gestalten und so als Aufgabe zu begreifen, das wird in den nächsten Jahren mehr werden, dass es leistbar ist, und das ist immer auch eine Frage von Personal, das man dafür einsetzt, weil wir, wie immer, die Frage verschlafen, wann müssen wir mehr Personal haben. Da laufen sie jetzt wieder hinterher, die Ausbildungszahlen werden angehoben, das ist nur ein Hinterherlaufen, das deckt nicht die Bedarfe ab, wie sie in den nächsten Jahren entstehen werden. Wir werden zukünftig auch im Öffentlichen Dienst damit zu haben, wieder Quereinsteiger reinzuholen. Das ist ein zusätzlicher Aufwand, und dem muss begegnet werden.

Noch kurz dazu, was passiert demnächst? 14./15. Oktober Kabinettsbeschluss, Unterhaltsvorschussgesetz wird reformiert. Gute Idee wohl. Bisher ist es so, sechs Jahre lang hat jedes Kind im Alter zwischen null und zwölf den Anspruch auf Unterhaltsvorschussleistung. Idee jetzt, jedes Kind zwischen null und achtzehn Jahren hat einen unbegrenzten Anspruch auf Unterhaltsvorschussleistung ab 1.1.2017. So heißt es überall. Das würde heißen, ab 1.1.2017, also in Bergedorf sind es dreieinhalb Leute, wird uns die Bude eingerannt, wenn sich das rumspricht, was ich hoffe, dass sich das rumspricht, obwohl es ja viel linke Tasche, rechte Tasche ist, denn wer Hartz IV kriegt, kriegt ja nicht das Geld, sondern darf es weitergeben. Was passiert in der Stadt? Nichts. Es wird drauf gewartet, kommt das nun oder kommt das nicht? Halten wir Personal dafür vor? Nein, das wollen wir lieber hinterher, wenn überhaupt. Vielleicht rauscht es ja auch vorbei, und man kommt ein bisschen über die Runden, ohne dass man irgendwie Personal eingestellt hat dafür. Das ist das Agieren.

Norbert Hackbusch: Wir werden drauf achten. Vielen Dank, jetzt der Sozialverband.

Jan-Martin Bettich: Genau, Jan-Martin Bettich vom Sozialverband SOVD hier in Hamburg. Und ich erkläre mal kurz, was das SOVD eigentlich macht in der Stadt. Wir machen vorrangig Sozialrechtsberatung und Vertretung im Bereich Arbeitslosengeld, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung und Schwerbehindertenrecht. Und dadurch mache ich jetzt mal so einen Generalüberblick, anders als andere, die sich auf ihren Bereich konzentriert haben, und fange mal kurz damit an, dass der Senat ja plant, im nächsten Jahr 29 Millionen plus zu machen, Überschuss zu erzielen, und im übernächsten Jahr 220 Millionen Euro Überschuss. Hört sich super an. Dann kommt dazu, die Ansätze für die BASFI steigen auch in den nächsten Jahren, auch klasse. Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz erhält auch in den nächsten Jahren mehr. Jetzt könnten wir uns alle fragen, warum sitzen wir jetzt eigentlich hier? Hört sich ja alles super an. Dann kommt noch ein Satz dazu, den Peter Tschentscher, der Finanzsenator, bei der Vorstellung der Papiere sagte. Ich zitiere mal kurz: Die Einzelpläne der Behörden enthalten die erforderlichen Mittel, um die notwendigsten staatlichen Auflagen und wichtigen Investitionen und die Schwerpunkte des Regierungsprogramms des Senats zu finanzieren. Jetzt stellen wir uns alle die Frage, wo sind die Schwerpunkte und was ist notwendig? Und wie wir alle hier hören und wie wir auch alle im Studium des Haushaltsplanentwurfs und in den Diskussionen gehört haben, ist das irgendwie alles da nicht enthalten, jedenfalls von denen, die hier sind. So sehe ich es.

Jetzt mal eine kurze Zusammenfassung, wie es in der Stadt eigentlich aussieht. Also wir haben die 42.000 Millionäre in der Stadt, 18 Milliardäre, auch schön. Denen geht es auch gut. Und dann haben wir gleichzeitig 19 %, die hier in Armut leben oder von Armut betroffen sind. Das sind ungefähr 230.000 Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, um überhaupt über die Runden zu kommen. Allein davon 68.000 Kinder und Jugendliche, um mal den Bereich zu nehmen. Gleichzeitig sind aber auch 24.500 Seniorinnen und Senioren auf Unterstützungsleistungen angewiesen. Also Grundsicherung im Alter, da reicht die Rente nicht zum Leben. Dann sprechen wir noch mal über die 30.000 Langzeitarbeitslosen, die es hier eigentlich dauerhaft gibt seit Anno dazumal, wo sich nichts bewegt. Also fasse ich mal zusammen, Armut und soziale Spaltung sind Realität in

dieser Stadt. Das Beruhigende ist, der Senat in Form von Rot-Grün, über die Vorgängerregierung wollen wir nicht herziehen, macht einfach die Augen zu und sieht es nicht. Uns fehlt einfach ein städtisches Gesamtkonzept zur Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung. Diese Gruppen, die ich mal kurz aufzähle oder aufgezählt habe, das sind eben Kinder, Jugendliche, Familien, allein Erziehende, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und auch Flüchtlinge. An diesen Stellen müssen wir uns eben engagieren. Und da darf auch nicht gespart werden.

Also ich will mal kurz sagen, wie wir ja auch selber merken, die ersten Zahlen hören sich in den Plänen super an. Der Etat da steigt, der Etat da steigt in der Summe. Das Problem ist, der Teufel steckt wie immer im Detail, das haben wir hier heute, glaube ich, mehrfach gehört. Ich könnte jetzt hier die einzelnen Punkte auch rausgreifen aus Einzelplan 4 und 5, ist eine schöne Liste, reiche ich nach und komme jetzt mal dazu, was wir eigentlich fordern. Das greift hier vieles auf. Als Erstes einmal Maßnahmen gegen Armut und soziale Spaltung, und zwar als Sofortmaßnahme. Wir brauchen erst mal einen Armuts- und Reichtumsbericht in dieser Stadt, der erst mal sozialräumlich zeigt, wo brauchen wir was, wo leben die Menschen, die es brauchen. Brauche ich in Nienstedten was, brauche ich in Harburg was, jetzt als Extrembeispiel immer gern genommen. Gesamtkonzept zur Armutsvermeidung, Armutsbekämpfung habe ich genannt. Kostenfreie kulturelle Angebote für bedürftige Menschen, Einführung eines Sozialtarifs, Sicherstellung von Stromversorgung, also keine Stromsperrern mehr für Privathaushalte. Kostenfreies Frühstück und Mittagessen für Schülerinnen und Schüler in der Schule. Einführung eines vollumfänglichen Sozialtickets beim HVV, also nicht die Rabattkarte, wie sie jetzt funktioniert.

Dann komme ich jetzt mal zu den Seniorinnen und Senioren, denen wir auch mehr Aufmerksamkeit schenken müssen, das heißt, ein Konzept aufsuchender Seniorenarbeit, wohnortnahe Hilfen anzubieten, das heißt aber auch, kostenfreie haushaltsnahe Dienstleistungen mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Dann natürlich Beratungsangebote quartiersnah einzurichten. Die Seniorentreffs, was Herr Stappenbeck schon ansprach, das ist genau das Gleiche, da wird ehrenamtlich gearbeitet. Deswegen ist der Ansatz auch so gering. Da sind keine hauptamtlichen

Mitarbeiter. Das ist so. Dann kommen wir mal zu den Langzeitarbeitslosen, eben schon erwähnt, da wäre die Verzahnung möglich im Bereich Seniorenarbeit, unterstützende haushaltsnahe Dienstleistungen, Schaffung eines öffentlich geförderten mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ausgestatteten Arbeitsmarktes wäre unser Vorschlag. Und im Kinder- und Jugendbereich und Familienbereich haben wir auch schon einiges gehört von anderen, Verstärkung der aufsuchenden Familienarbeit, also ASD, vermehrter Einsatz der Hilfen zur Erziehung, wo es unter der Hand gesagt eine Deckelung gibt. Dann kommen wir zu den Familienberatungsstellen, hatten wir auch schon gehört. Das sind diese gesamten Bereiche.

Norbert Hackbusch: Aber die Zeit ist um. Gut, vielen Dank. Das war ja schon fast der Versuch, alles zusammenzufassen. Jetzt gehen wir noch mal ein bisschen in die Einzelheiten. Andreas.

Andreas ...(?): Eigentlich hätte Matthias Schulze-Kraft jetzt hier gesessen, der ist aus zeitlichen Gründen aufgebrochen. Und ich spreche jetzt für Hamburg off, ein Verband von Theatern, die sich selber als freie Theater bezeichnen, das ist das Lichthof-Theater von Matthias Schulze-Kraft, das ist das Monsun-Theater, das MUT!-Theater und das Sprechwerk. Dazu kommt noch das Theater im Zimmer in der Washingtonallee. Wir Theater sind als Privattheater in dieser Stadt geführt, eine andere Kategorie gibt es für uns nicht. Und das ist einer der Aufrufe, die wir gern machen würden, wir würden gern innerhalb dieser Legislaturperiode mit allen daran arbeiten, dass die off-Theater einen eigenen Haushaltstitel bekommen, denn die Gefahr ist, wenn die Schuldenbremse tatsächlich gegen euren super guten Vorschlag, da würden wir uns nämlich sofort dranhängen, durchgesetzt werden würde, sehr leicht, dass die kleinen Häuser hinten über fallen. Dass die Privattheater gefördert werden in dieser Spielzeit, das ist bestimmt bei allen angekommen. Es gibt einen Aufschlag, allerdings ist der nicht so hoch wie die Kommission, die evaluiert hat, das umgesetzt hat. Wir verstehen uns als freie Theater als Spielstätten für Kindertheater, für fremdsprachige Gruppen, für Amateurtheater, für Schultheater, für integrative Gruppen und inklusives Theater. Wir sind da für Sprechtheater, Tanztheater und Musiktheater und haben einen hohen professionellen Anspruch. Aber wir stehen in unseren jeweiligen Stadtteilen auch

für andere Aktivitäten, das heißt, Vereinssitzungen zum Beispiel oder Stadtteil-Innies(?) oder Familienfeiern auch zur Verfügung. Es kommen immer mehr Familien, die einen Bedarf an großen Räumen für große Feiern haben, und da sind wir sehr froh, dass wir dann auch große Räume zur Verfügung stellen können.

Wie gesagt, wir sind im Rahmen der Privattheater institutionell gefördert. Es sieht so aus, dass die Förderrichtlinie der Kulturbehörde verlangt, dass wir mindestens 80 % dessen, was die Behörde dazugibt, selbst einspielen. Fürs Sprechwerk kann ich das mal beispielhaft in konkrete Euro-Beträge umrechnen. Wir kriegen 80.000 Euro im Jahr, wir spielen 280 Vorstellungen mindestens, und wir müssen 325.000 Euro aufbringen, um unsere Angestellten bezahlen zu können, die Miete, den Strom, die Heizung usw. 325.000 zu 80.000 Förderung, das ist so das Verhältnis. Das ist zunehmend schwer, zumal wir uns sehr auf die Fahnen geschrieben haben, alle kleinen Theater, im Besonderen Hamburg off, dass wir auf eine Gagenuntergrenze großen Wert legen. Dazu wird Susanne gleich noch vom Dachverband der freien Theaterschaffenden was sagen. Wir haben das große Bestreben, unsere Leute sozialversicherungspflichtig anzustellen, wann immer es möglich ist. Also wir arbeiten mit fest angestellten Technikern und Verwaltungsmenschen. Daneben versuchen wir aber auch immer wieder, Phasen der längeren kontinuierlichen Zusammenarbeit mit Schauspielern dafür zu nutzen, dann auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse herzustellen. Und wir bilden aus. Also das muss alles bezahlt werden.

Was uns ganz besonders schmerzt, ist, dass sogar kleinste Beträge, die großen Effekt dieser Stadt erzielen, auf einmal nicht mehr zur Verfügung stehen. Ein Beispiel dafür ist, in den letzten drei Jahren haben wir von der Kulturbehörde jedes Jahr 20.000 Euro zur Verfügung gestellt bekommen, wir Hamburg-off-Theater, um Gastspiele zu finanzieren. Gastspiele sind immer schwierig in dieser Stadt, denn meistens ist es so, dass der Kontakt der Darsteller, die auf der Bühne sind, zu ihrem eigenen Publikum es auch ermöglicht, dass sich die Häuser gut füllen. Wenn wir Gruppen, professionelle freie Gruppen aus anderen Bundesländern in die Stadt holen, müssen wir immer damit rechnen, dass wir auch mal ein leeres Haus haben und damit halt eben immer ein großes Risiko eingehen, so etwas zu ma-

chen. Aber mit diesen 20.000 Euro konnte jedes Haus im Durchschnitt vier Gastspiele finanzieren, das sind zwanzig zusätzliche Theatererlebnisse in dieser Stadt, um professionelle Gruppen, die in prekären Verhältnissen, wie wir alle wissen, arbeiten, wenigstens einigermaßen anständig mit Honorar und Gage ausstatten zu können. Und noch mal, aus diesem Insel-dasein, das Hamburg leider im Bereich der freien Szene oftmals führt, rauszuführen, um noch mal andere Eindrücke aus anderen Theaterschafenskreisen in die Stadt reinzubringen, das war mit 20.000 Euro machbar. Dieses Geld ist plötzlich nicht mehr da, und wir müssen auf diese Gastspiele verzichten. Ich höre jetzt mal auf.

Norbert Hackbusch: Danke, Andreas, fast in der Zeit. Ich würde am besten Susanne Reifenrath bitten, weil Ihr beide einfach zusammenpasst.

Susanne Reifenrath: Weil wir zusammengehören. Ich bin Susanne Reifenrath vom Dachverband Freie darstellende Künste in Hamburg. Wir sind sozusagen eine selbst verwaltende Interessenvertretung von Künstler_innen, die eben diese Spielorte, die freien Spielorte der Stadt, bespielen mit unseren Theaterproduktionen. Wir sind einer von 18 Landesverbänden in Deutschland, die im Bundesverband zusammengeschlossen sind, und wir vertreten uns selbst, nämlich in Hamburg produzierende Theaterschaften aus den Bereichen Tanz, Performance, Musiktheater und Kinder- und Jugendtheater, Sprechtheater. Bei uns sind aber auch Institutionen, Spielstätten und Festivals Mitglieder. Und wir beraten zum einen die Künstler_innen in der Stadt in allen Fragen um die Freiberuflichkeit, soziale Absicherung und die Möglichkeit der Projektförderung in Hamburg, die durch die Kulturbehörde vergeben werden als Projektmittel und vertreten aber in erster Linie gegenüber der Politik und der Verwaltung die Bedarfe der Szene und setzen uns dafür ein, dass die soziale Absicherung von Künstler_innen, die oft in prekären Einkommensverhältnissen arbeiten, mehr in den Fokus rücken. Die KSK gibt ja jedes Jahr Zahlen darüber raus, was Künstler_innen, freiberufliche Künstler_innen in Deutschland durchschnittlich im Jahr verdienen. Die Zahlen aus dem Jahr 2014 sind erschreckend. Im Durchschnitt sind das 12.000 Euro, die ein freischaffender Künstler im Jahr verdient. Da fragt man sich dann immer, wovon leben die Leute eigentlich? Es handelt sich hier um professionell ausgebildete Künstler im Bereich darstellende Künste. Hamburg ist ja eine Hochburg, eine Ausbil-

dungshochburg für universitäre Berufe im Bereich darstellende Kunst. Wir haben einen Schauspielstudiengang, wir haben einen Regiestudiengang, wir haben einen Dramaturgiestudiengang, und wir haben einen Performance-Studies-Studiengang in Hamburg, der jedes Jahr eine Vielzahl von Absolventen hervorbringt, die gern in dieser Stadt bleiben würden, die gern in dieser Stadt arbeiten würden und das nicht können, weil die Förderbedingungen das nicht hergeben.

Es gab im Jahr 2010 eine Potenzialanalyse, die einen Bedarf der Szene von zwei Millionen Euro hervorgebracht hat. Davon werden im Augenblick ungefähr 700.000 von der Stadt Hamburg aufgebracht. Und es ist auch keine Fördermittelerhöhung für die nächste Haushaltsrunde vorgesehen. Wir haben uns im Moment politisch auf ein Kernthema konzentriert, das ist eine Empfehlung zur Honoraruntergrenze in den freien darstellenden Künsten. Wir sind natürlich als freier Beruf nicht durch irgendeinen Mindestlohn oder sonstiges Gesetz geschützt. Wir haben keinerlei Möglichkeit, aus unseren Einkünften eine Alterssicherung zum Beispiel zu generieren und haben deswegen dieses Thema, das auch auf Bundesebene zentral ist, auch in Hamburg in den Fokus genommen und unseren Mitgliedern geraten, in der nächsten Antragsrunde deutlich sich auf eine Honoraruntergrenzenempfehlung von uns zu beziehen, die im Moment ein Mindesthonorar von 2.150 Euro für Künstler_innen, also für sich selber quasi und diejenigen, die sie in ihren Produktionen beschäftigen, vorsieht. Das bedeutet aber, dass sozusagen das Antragsvolumen in der Kulturbehörde jetzt in diesem Jahr hoffentlich durch die Decke gehen wird, weil einfach daraus klar wird, dass wir vorher mit Stundenlöhnen von ungefähr um die drei Euro unsere Anträge dort eingereicht haben und jetzt, wenn wir uns selber für Freiberufler einen immer noch unterirdischen Stundenlohn da in unsere Anträge reinschreiben, das natürlich die zur Verfügung stehenden Mittel um das, weiß ich nicht, Wievielfache überschreiten wird. Trotzdem konzentrieren wir uns auf dieses Thema und haben einen Forderungskatalog herausgegeben, der eben auch eine Sofortforderung stellt um einen bestimmten Betrag, nämlich 200.000 Euro für den Ausfall, der dadurch jetzt an absoluten Zahlen von geförderten Projekten entsteht, weil natürlich die Projekte im Einzelnen teurer werden, deswegen weniger Projekte gefördert werden, um wenigstens die Zahl der Projekte, die in Ham-

burg bisher gefördert werden konnten, aufrechtzuerhalten. Ich gebe mal eine Verhältniszahl, also 144 Anträge, 33 geförderte Projekte im letzten Jahr. Im Jahr davor waren es noch 39, also um wieder auf diese Zahl von vorher zu kommen, vom Jahr davor, bräuchten wir eben zum Beispiel einen Fördermittelaufwuchs von 200.000 Euro in der nächsten Haushaltsrunde. Und das ist so eine der Kernforderungen, die wir im Moment haben.

Es gibt noch einen ganzen anderen langen Katalog, den ich dann zu Protokoll gebe, der ist auch eigentlich hinlänglich bekannt in der Szene. Und da kämpfen wir im Moment.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Susanne.

Susanne Jung: Hallo, ich leite das ella-Kulturhaus in Langenhorn. Wir machen durchschnittlich achtzig Veranstaltungen im Jahr, haben 33 Gruppen, die sich bei uns treffen, von Chören über Theatergruppen und Ähnlichem. Wir bieten Kurse der kulturellen Bildung für Kinder und Erwachsene, und wir haben sehr viel Gremienarbeit bei uns im Haus, unter anderem zur Stadtteilentwicklung, aber auch zur Kulturentwicklung. Und wir veranstalten im Jahr diverse kulturelle Projekte wie das Buffet der Kultur und die Lichtwerk-Kunstschule, wir machen beim Bündnis Kultur macht stark mit einem Musikprojekt etc. Also das ganze Paket, generationsübergreifende und interkulturelle Stadtteilkulturarbeit. Corinne Eichner hat drüben schon über die Situation der Stadtteilkultur berichtet. Wir sind eben eines der 27 Zentren. Es gibt insgesamt in Hamburg Nord, wo wir sind, sechs Zentren und fünf Geschichtswerkstätten. Für 2017 ist vorgesehen eine Erhöhung für den Bezirk von 61.000, 50.000 Pi mal Daumen für die Kulturzentren. Wenn es für das ella gut läuft, was nicht abzusehen ist, dann erhalten wir 8,24 % davon, das sind dann 4.120 Euro. Also als letztes Kulturzentrum, was überhaupt in Nord an den Verstärker gegangen ist, sind wir mit 87.000 Euro institutionelle Förderung gerade so ausgestattet, dass wir unsere anderthalb Stellen zahlen können und etwas Betriebsmittel übrig haben. Wir erhalten Mittel aus dem Quartiersfonds und haben einen sehr hohen Eigenmittelanteil.

Das ist die Situation, erst mal nicht so glänzend, als Ausgang. Wir gelten als Herz im Quartier und sind ein federführender Akteur im Gebiet, in ei-

nem Gebiet, was vor allen Dingen SAGA-Geschossbauten beherbergt und bis vor kurzem Quartiersentwicklungsgebiet war. Der Bedarf dort ist sehr viel höher als der, den wir dort erfüllen können. Der Etat ist gering, und zusätzlich haben wir einen massiven Substanzverlust erlitten dadurch dass eine Freiberuflerin abgewandert ist, die in ein festes Beschäftigungsverhältnis übergehen konnte und wir auch drei tolle Kollegen in Förderprogrammen verloren haben und zusätzlich dass dieses Stadtteilentwicklungsgebiet ausgelaufen ist, sodass uns jetzt sehr viele Gelder für Projektarbeit fehlen, die wir sonst gut gebrauchen konnten. Das bedeutet, wir müssen Entscheidungen fällen und Konsequenzen ziehen. Wir haben unsere Konsequenzen gezogen, haben diverse Projekte, bei denen wir in Federführung sind, entweder gekürzt oder auf Eis gelegt oder an andere Träger übergeben müssen leider, wie zum Beispiel die Lichtwark-Kunstschule an die Schule, was ich sehr schade finde, weil das eigentlich ein außerschulisches Bildungsprojekt ist, aber wir die Kosten gar nicht mehr tragen können.

Etablierte Projekte wie das rollende Sofa kommen oft ins Schlingern, also bei eineinhalb Personen bedeutet das, ich bin im operativen Geschäft, ich bin für die Inhalte und die ganze Durchführung zuständig. Also was mache ich? Ich vernachlässige Lobbyarbeit. Und natürlich auch die Menschen im Quartier, gerade in diesem Milieu, wo wir arbeiten, brauchen eigentlich auch ganz viel Ansprache und Zugewandtheit. Das wird dann auch reduziert wie die Redezeit dann hier, wenn man keine Zeit hat, wird eben weniger geredet. Gut, diese Situation versuchen wir, mit diesen eineinhalb festen Kräften zu kompensieren. Und wir haben auch noch nie mit einem Defizit abgeschlossen, ich weiß, dass der politische ...(?) und ist doof, haben wir aber leider bis jetzt so hingekriegt.

Ich könnte jetzt einen kleinen Ausblick an Tagesablauf machen, was wir im Alltag wuppen, das erspare ich allen. Also mein Job geht wirklich von Schulkooperation, Veranstaltungsbereich, Bühne aufbauen, Öffentlichkeitsarbeit, Gruppen akquirieren, Kurse aufbauen. Interkultur braucht eigentlich noch besondere Ansprachen, dort haben wir ein Theaterprojekt, wo ganz andere Mechanismen wirken. Da komme ich gar nicht richtig hinterher, also Sie merken schon, ich werde atemlos, wenn ich das alles aufführe, was wir machen, dann würde ich am liebsten sofort den Raum ver-

lassen und im Haus weitermachen. Das mache ich nicht, ich bleibe jetzt hier. Also ganz deutlich wird bei uns im Haus wie auch in vielen anderen Stadtteilkulturzentren, dass man ständig mit dem Rücken an der Wand steht. Termin- und Handlungsdruck sind enorm. Und selbst bei dreißig Jahren Erfahrung, die ich auf dem Buckel habe, kann ich das nicht mehr kompensieren, um eine gute fundierte Arbeit zu machen. Wir sind schon schnell, aber so schnell eben auch nicht, dass wir dann auch immer als Erste noch Eigenmittel akquirieren, als Erste dann noch uns um Preise bewerben oder auch neue Anträge stellen und dann auch noch frisch und munter zum nächsten Sponsor hüpfen und den von unserem tollen Programm begeistern.

Halten wir fest: Also das ella liegt in einem schwierigen Marktumfeld durch die Lage und das Quartier und auch die Größe. Und mit eineinhalb Stellen sind wir suboptimal aufgestellt. Das Verhältnis zwischen festem, freiem und ehrenamtlichem Personal ist ungünstig wie bei so vielen hier. Entsprechend ist es schwer, die Stabilität der Einrichtung zu gewähren und mit Kontinuität, Verlässlichkeit und auch Verfügbarkeit in den Schlüsselaufgaben immer zu reagieren. Wir haben das große Glück, dass wir jetzt umbauen, wir werden endlich barrierefrei. Elf Jahre habe ich mich dafür eingesetzt. Und wir kriegen einen Raum mehr. Da wird dann natürlich noch dringlicher werden, dass uns Personal fehlt und eben auch Mittel, um die Betriebskostensteigerung hinzukriegen. Also ich könnte noch weitermachen, aber ich erspare Euch das. Also so sieht es in der Stadtteilkultur aus und gerade mal im ella-Kulturhaus in Langenhorn.

Norbert Hackbusch: Vielen Dank. Cornelia.

Cornelia Mertens: Ich bin stellvertretende Vorsitzende der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen, und meine Einrichtung umfasst 44 Mitgliedseinrichtungen der Hamburger Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention. In Hamburg ist es zurzeit so, dass die Anzahl der Konsumenten steigt, jeden sechsten Tag stirbt in Hamburg ein Konsument an den Folgen des Drogenkonsums. Und das vor dem Hintergrund, dass ungefähr jeder fünfte Klient in Hamburg mit minderjährigen Kindern zusammenlebt. Die Lage, die Sparlage stellt sich differenziert dar, da die, ich sage mal in Anführungsstrichen, Betreuung von Suchterkrankten in Hamburg differen-

ziert ist durch die Stadt. Also die Stadt gibt ungefähr 83 Millionen jährlich aus für den Umgang mit Suchtkranken, davon fällt der größte Teil, nämlich 66 Millionen für den Bereich Inneres und Justiz nur zum Thema Sucht an. Inwieweit da gespart wird, das werdet Ihr selber einschätzen können, das kann ich schlechter beantworten. Ganze 17 Millionen Euro gibt die Stadt für die Suchtkrankenhilfe aus. Dies ist im Jahre 2012 um den Anteil für die Suchtselbsthilfeverbände zusammengestrichen worden mit der Folge, dass die großen Suchtselbsthilfeverbände in einer außerordentlich schwierigen Situation sind. Ich will nicht sagen, sie sind am Zerbrechen, da spielt natürlich auch die Demografie eine Rolle, aber sie sind in einer wirklich katastrophalen Lage. Und die Suchtkrankenhilfeeinrichtungen sind dann seitdem überrollt, also das heißt, der Haushalt ist seit 2012 eingefroren. Die Zahlen hat der Kollege Stappenbeck ja schon genannt. Die Situation ist natürlich für uns außerordentlich schwierig. Gleichzeitig habt Ihr das ja auch alle mitbekommen, dass die Polizei hier in Hamburg in der offenen Szene einen deutlichen Paradigmenwechsel vollzogen hat im Umgang damit.

Ich kann sagen, dass uns das Thema Drogensucht in den nächsten Jahren jedenfalls nicht verlassen wird. Der Stadt ist die Lage natürlich klar. Das Konzept, mit dem sie dem entgegenet, das nennt sich dann Regionalisierung. Wenn ich das hier explizieren wollte, dann reicht meine Redezeit nicht aus. Also eine ganz schwierige Lage bei uns.

Suzana Kamperidis: Tadaa – es kommt zum Ende, und ein paar sind noch geblieben. Hallo, mein Name ist Suzana Kamperidis, ich bin fachliche Leiterin der interkulturellen Beratungsstelle LALE für Opfer von häuslicher Gewalt und Zwangsheirat, vertrete aber meine Trägerin, nämlich die Interkulturelle Begegnungsstätte. Das ist zum Unterschied, glaube ich, bis jetzt die einzige Migrant_innen-Selbstorganisation, die sich gegründet hat, um sozusagen von Migrant_innen für Migrant_innen oder Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte ein Angebot zu bieten. Wir machen zum einen vom Bunde gefördert die Integrationskurse, wir machen auch vom Bund gefördert die Migrationserstberatung für Zuwander_innen in den ersten drei Jahre der Zuwanderung, und wir haben vom Land gefördert, von der BASFI, zwei Integrationszentren, und dazu komme ich jetzt gleich, nämlich das Integrationszentrum für den Bezirk Eimsbüttel und in St. Paul

Mitte eine Filiale. Und wir machen die Arbeit, die ich jetzt persönlich mache bei LALE, dort jetzt erweitert um den Bereich geflüchtete Menschen und aufsuchende Beratung in Fällen von Gewalt in den Unterkünften.

Unser Träger, im Team haben wir das natürlich besprochen vorab, was wir beobachten, was wir uns fragen im Bereich Partizipation, Migration, Integration, geflüchtete Menschen, ist, was passiert denn jetzt nach einem Jahr oder nach zwei und drei Jahren, nämlich es entstehen Wohnquartiere, und es fehlt ein bisschen an stadtteilnahen Angeboten. Das heißt, ich habe heute zum Glück endlich gelernt den Unterschied zwischen Bürgerhaus und Stadtteilkulturzentrum, denn unsere Idee ist konkret, in Eidelstedt entsteht ganz viel Wohnraum, wo geflüchtete Menschen hinkommen, und unser Integrationszentrum ist in den Grindel-Hochhäusern, und dass wir denken, es braucht was Stadtteilnahes. Also es gibt das Bürgerhaus Eidelstedt, ich habe gelernt, Stadtteilkulturzentrum, und dass man dort sozusagen Angebote schafft, um die Wege zu verkürzen. Ein anderer Bereich, den wir sehen auch in der Arbeit mit Gewalt, ist, dass die Menschen, wenn sie in einer Erstaufnahme sind, recht gut – na ja, gut in Anführungszeichen – ein Sozialmanagement, also eine Unterstützung haben. Wenn es dann in die öffentliche Unterbringung kommt, also die andere Wohnstufe, dort gibt es kaum noch Begleitung und Betreuung. Deswegen brauchen sie auch viel mehr unsere Hilfe in den Integrationszentren, weil dort auch kaum Geld für Dolmetscher_innen da ist, dann kaum Ehrenamt stattfindet aus verschiedenen Gründen und auch zu wenig Stellen im Sozialmanagement sind.

Grundsätzlich, das ist mir ganz wichtig zu sagen für den ganzen Bereich soziale Arbeit, ich war letzte Woche in der Hochschule für angewandte Wissenschaften, da wurde ich dann gefragt, was verdient man denn eigentlich, wenn man dann hier fertig ist? Und da musste ich dann die Antwort, es ist ja nicht nur so, dass es am TV-L liegt, sondern das größte Problem, was ich auch habe in der fachlichen Leitung, ist, dass ich absichern muss, dass sozusagen bei Krankheitsausfall, wie auch immer, und in meinem Bereich auch die Varianz an Sprachen und Methoden, Möglichkeiten abdecken möchte, dass ich den Kolleg_innen meistens keinen Vollzeitjob anbieten kann und sowieso es kaum Vollzeitstellen gibt. Und ich glaube,

das ist das viel größere Problem in der sozialen Arbeit, was dann leider auch Frauen mehr betrifft.

Habe ich noch Zeit? Ein ganz wichtiges Thema im Bereich geflüchtete Menschen, was uns jetzt begegnet, ist, ganz häufig, wenn nicht gewusst wird, was machen wir jetzt eigentlich mit diesen Menschen, dann gibt es da so eine interkulturelle Beratungsstelle, und die sprechen auch noch so zwölf Sprachen, und die arbeiten auch mit Dolmetscher_innen ganz toll, egal worum es geht, wir schicken die da mal hin. Und dass wir sozusagen dann mit Aufgaben beauftragt werden, die eigentlich Erziehungsberatung sind, die eigentlich Paar- und Familienberatung brauchen oder wo es noch mal besondere therapeutische Maßnahmen gibt, und in dem Kontext vor allem Maßnahmen oder Möglichkeiten für Männer und Jungen, das heißt, das ist sozusagen ganz schlecht aufgestellt in der Hilfelandschaft, wenn es auch um Kontext von interkultureller Öffnung geht. Da leisten wir schon viel, aber tatsächlich ist LALE eine Beratungsstelle, da geht es um Gewalt innerhalb der Beziehungen, und manchmal geht es um andere Probleme der Erziehungsberatung, wie auch immer, wo bestimmte Angebote fehlen. Ich weiß, dass die BASFI jetzt zwei Sachen ausgeschrieben hat im Bereich Täterarbeit und auch im Bereich Jungenarbeit. Ich bin sehr gespannt, wir sind da natürlich im Gespräch und fordern, dass es auf jeden Fall interkulturell auch mal aufgestellt ist.

Und wo ich noch nicht viel zu sagen kann, was uns natürlich beschäftigt, sind die Plätze in den Frauenhäusern. Ich bin nicht die Vertreterin der Frauenhäuser, aber es gibt jetzt eine neue Koordinierungsstelle, die das ganze Aufnahmeverfahren macht. Da haben wir noch nicht so viele Erfahrungswerte, aber es ist für uns in der täglichen Arbeit schon immer noch so bis jetzt, ich warte noch, wie sich das entwickelt, dass man natürlich häufig gerade aufgrund von Wohnungsmangel, -not, wie auch immer, diese Kette ich voraus nicht vermitteln kann an geschützte Plätze in Hamburg.

Norbert Hackbusch: Ja, vielen Dank, Suzana, und vielen Dank an alle Beteiligten. Das war ja ein richtiger Ritt durch diese Stadt, durch diese Vielfalt auch dieser Stadt. Und mir selber wird ja deutlich anhand von diesen Berichten, dass wir, wenn wir uns mit diesem Haushalt und diesen

dürren Zahlen auseinander, was eigentlich dahinter steckt, dass man eigentlich auch nur mit dem Wissen, was hier jetzt uns gegeben worden ist und was auch noch mal dargestellt worden ist, in eine vernünftige Kritik und Diskussion praktisch in diese Stadt reinkommen kann. Ich finde das Stärkste und Kräftigste für mich eigentlich auf der einen Seite die Vielfalt und dass man ja auch in gewisser Weise so verschiedenste Bereiche mitbekommen kann, aber das Zweite auch, dass es ja sehr deutlich geworden ist, dass es nicht nur darum geht, dass praktisch Kürzungen durchgeführt werden, sondern dass vor allen Dingen auch Bedarfe nicht anerkannt werden und gegenwärtig eben nicht erfüllt werden. Und ich glaube, das ist der entscheidende Punkt, den ich auch von dem heutigen Abend für mich jedenfalls mitnehme, wie groß eigentlich der Bedarf ist und dass wir so ein bisschen auch immer aufpassen müssen, dass wir irgendwie nicht in so eine Diskussion kommen, da sind jetzt Kürzungen und wir kritisieren das, sondern dass man diese Frage der Bedarfe, finde ich, in einer sehr viel kräftigeren Art und Weise, als das bisher sonst geschehen ist, in den Vordergrund schieben muss.

Das ist für mich eine dieser wichtigen Auswirkungen. Ich finde die andere Sache aber auch, das Zweite eigentlich, das ist so ein bisschen – ich habe jetzt eine Aktion mitbekommen am 14.11. von KITA, und das finde ich ja auch für uns, in gewisser Weise war es immer so ein Leuchtzeichen davon, es ist für uns aber natürlich auch so ein Punkt, inwieweit das eigentlich noch gelingt, gemeinsam auch im Zusammenhang mit diesen Haushaltspolitiken also gemeinsame Kritik hervorzubringen. Die Schwierigkeit besteht natürlich immer wieder, und das merken wir ja auch in unseren Schilderungen, dass einer gegen den anderen ausgespielt werden kann. Und da würde ich jetzt von mir aus erst mal sagen, wir sind ja nicht diejenigen, die so etwas initiieren könnten gegenwärtig, dass man auf jeden Fall diese Unterstützung am 14.11. überlegt, dass wir das gern auch noch mal rumschicken, dass das vielleicht eine gemeinsame Aktion von uns allen auch werden kann, um stark aufzutreten gegen die Art und Weise, wie mit sozialen Belangen und kulturellen Belangen in dieser Stadt umgegangen werden kann und dass die Bedarfe, die wir haben, noch um einiges größer sind als gegenwärtig überhaupt nur diskutiert wird.

Das ist so ein bisschen mein Resümee, aber wir haben natürlich noch einen Augenblick Zeit, auch wenn es natürlich ein bisschen länger gedauert hat und alle angestrengt sind, ob noch wichtige Fragen da sind oder wichtige Statements. Sabine.

Sabine Lafrentz: Was ich noch wichtig finde, bei aller Verschiedenheit ist ja in den meisten Beiträgen das Thema gewesen Finanzierung/Tarifabschlüsse. Und das, finde ich, ist eins der Oberthemen, wo sich die Linke deutlich mit beschäftigen sollte. Du hast ja am Anfang gesagt, es richtet sich alles gegen die Beschäftigten. Das tut es, und das tut es eben in dieser Frage ganz besonders. Und das ist was, was es in keinem unserer Bereiche gibt, nicht mal bei uns, wo sie sogar gesagt haben, sie finanzieren den Tarifabschluss. Das ist aber in der Realität bisher nicht passiert.

...(ohne Namensnennung): Ich will noch einen weiteren Bereich, der deutlich geworden ist aus den ganzen Berichten, darstellen, und das ist, dass Aufgaben neu zugewiesen werden, ohne sie gegenzufinanzieren. Das ist auch ganz oft vorgekommen. Und das ist so eine andere Form von Bedarfe nicht zu realisieren. Aber an ganz vielen Stellen ist es eben so, dass zusätzliche Aufgaben im Rahmen von Inklusion, im Rahmen zum Beispiel zusätzlicher Aufgaben im Kita-Bereich, ohne dass sie gegenfinanziert werden. Das ist ja auch die Fragestellung bei der mittelbaren pädagogischen Arbeit, die finanziert werden soll. Da sind ja immense Aufgaben dazugekommen, und die werden immer nicht gegenfinanziert.

...(ohne Namensnennung): Ich hatte diese Anhörung, Norbert, so verstanden, dass wir auch mit diesen Punkten, die hier gesagt worden sind, in die Haushaltsdebatte gehen. Oder ist die zu Ende? Ich bin der Meinung, die fängt doch noch an. Noch sind die Anhörungen in der Bürgerschaft nicht durch. Und ich habe jetzt zusammengerechnet, dass man eigentlich mit einer Forderung von 100 Millionen extra für 2016 mindestens in diese Debatte gehen muss, also ich habe das mal alles ein bisschen zusammengerechnet, was hier gesagt worden ist. Das kann nicht stimmen, es kann zu viel sein, es kann aber auch zu wenig sein, aber ich finde, die Zahl muss auch eingängig sein. Es sind ja noch andere Organisationen und Bereiche, die Geld bräuchten eigentlich, wo gekürzt wird. Und ich fin-

de, mit dieser Forderung müsstet Ihr reingehen als Linke. Oder womit wollt Ihr reingehen in die Bürgerschaftsdebatte mit SPD und Grünen?

Norbert Hackbusch: Da war noch eine Meldung, bitte.

...(ohne Namensnennung): Ach, Norbert, nur ich. Ich wollte nur sagen, eins der Probleme ist auch irgendwie, diese tausend verschiedenen Töpfe, die Spannung zwischen Bezirksgeldern – wir kriegen ja im Bezirk, also ich bin Bezirkspolitiker im Bezirk Mitte, wir kriegen ja Rahmenzuweisungen. Diese Rahmenzuweisungen werden ja auch immer weniger in dem Sinne, so nach dem Motto, spart Geld oder wir hacken euch einen Arm ab. So, wenn ich jetzt in der zweiten Legislatur wäre, dann hätte ich schon keine zwei Arme mehr. Ich werde aber morgen – morgen wird im WS-Ausschuss Wohnen und Stadtentwicklung über die Gelder zum Beispiel für das Wilhelmsburger Bürgerhaus, also der Quartiersfonds wird abgestimmt, und ich werde dagegen stimmen, obwohl dort auch Gelder sind, die irgendwie nötig sind. Aber im Ganzen ist der Quartiersfonds extrem zu wenig. Auch Ihr kriegt schon wieder weniger Geld. Und die arrogante Macht, wie ich sie immer nenne, nämlich die SPD und die Grünen, die in ihrem Kurt-Schumacher-Haus da die Gelder hin- und herschieben, und hier ist ganz einfach mal der Punkt erreicht – und ich werde jeder Rahmenzuweisung nicht zustimmen, die jetzt irgendwie durchgebracht worden ist. Was ich hier höre und was ich aus dem Bezirk Mitte kenne, ist einfach, so kann es nicht mehr weitergehen. Und da müssen wir jetzt auch mal versuchen, wirklich mal einheitlich in den Bezirken gegen die Rahmenzuweisungen vorzugehen. Das ist der erste Schritt. Was Ihr dann in der Bürgerschaft macht, bitte, ich hoffe, dass es Euch hilft. Aber bis jetzt gab es immer noch so die Meinung, wir sollten den Rahmenzuweisungen zustimmen, denn das wäre ja unsolidarisch, wenn der Bezirk Mitte eine Rahmenzuweisung ablehnt, würde es ja auch die anderen Bezirke treffen. Ich glaube, jetzt ist der Punkt erreicht, wo wir ganz klar sagen müssen, Rahmenzuweisungen, nein, danke, mach es selber, Senat. Das war alles.

Corinne Eichner: Ja, von meiner Seite noch mal, ich glaube, wir müssen aufpassen auch, dass wir in dieser aktuellen Situation uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Ich glaube, wir müssen erkennen, wir haben hier von allen Seiten, von allen sehr viele legitime Forderungen gehört. Und es

wurde auch gesagt, wir müssen solidarisch und kollaborativ damit umgehen. Und ich denke, das ist wirklich ganz wichtig.

Eva Burgdorf: Lesbenverein Intervention, Eva Burgdorf mein Name. Ich will noch mal auf ein Thema eingehen, die Frauenarbeit in Hamburg ist ja ziemlich zusammengestrichen worden. Das ist schon lange Jahre her und auch, bevor ich in diese Stadt rein kam. Ich sage mal, der Lesbenverein Intervention bewegt sich im Augenblick auf einer Förderung, auf einer Ebene, die die Stadt Mönchengladbach für ihre Lesbenarbeit ausgibt. Auf diesem Level finanziert die Stadt Hamburg die Lesbenarbeit in Hamburg. Wir haben längst die Minderfinanzierung sozusagen angemahnt, und wir werden hoffentlich jetzt auch eine Steigerung kriegen. Aber es ist generell eine Minderfinanzierung der Frauenarbeit in Hamburg, die ich jetzt nicht im Einzelnen ausführen kann, die der Landesfrauenrat aber über dieses Gender Budgeting auch noch mal eingefordert hat. Wir haben einfach eine Gesetzesgrundlage, dass Gender Budgeting eigentlich eingeführt ist, aber es ist noch nicht ausgeführt, dass wir da tatsächlich Kennzahlen haben, dass wir es überprüfen können und immer wieder auch anfragen können, wie weit sind wir dann, dass wir eine Gerechtigkeit auch in diesem Bereich hinkriegen.

Franziska Hildebrandt: Ja, vielleicht daran anschließend möchte ich dann doch noch mal sagen, dass ja Hamburg eine der reichsten Städte Europas ist und dass das Geld ja da ist. Und wenn man jetzt sozusagen in die Situation gekommen ist, dass man ja mit Schuldenmachen sogar Geld verdienen kann, also bei Nullzins oder Negativzins, ist das noch mal ein stärkeres Märchen von der Schuldenbremse und dass es ein Problem sei, Schulden aufzunehmen und wir sozusagen vor diesem Hintergrund doch auch wirklich das mit den Ansprüchen weiter diskutieren sollten, also groß denken sollten, dass die notwendige gesellschaftliche Arbeit, die wir alle in unseren Bereichen leisten, auch durchaus finanziert werden kann, besonders eben in Hamburg. Und wir werden auch wieder vor dem Uni-Hauptgebäude die Uhr aufstellen, wo die Schulden der Stadt dem Vermögen des reichsten Zehntels der Stadt gegenübergestellt werden, was vielleicht auch anregen kann zu weiteren Diskussionen.

Norbert Hackbusch: Ja, vielen Dank. Die Reichtumsuhr finde ich einen der wichtigen Punkte, dass man das auch in gewisser Weise deutlich darstellen kann, weil das natürlich auch die Unterschiede dieser Stadt kräftig ausmacht. Ich finde auch den Hinweis im Zusammenhang mit dem sich nicht gegenseitig ausspielen zu lassen natürlich einen der entscheidenden Punkte. Dafür haben wir das unter anderem ja auch hier gemacht, um zu sagen, man muss diese Vielfalt untereinander mitbekommen, wir müssen auch in der Lage sein, das zu einer gemeinsamen Aktion und gemeinsamen Tätigkeiten hinzubekommen, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Entscheidend ist für uns diese Frage noch mal im Zusammenhang mit Tarifsteigerungen. Wir haben das von Anfang an als einen der wichtigen Punkte genannt, weil wir für uns auch gesagt haben, das ist natürlich eigentlich einer der entscheidenden Punkte, wo man eigentlich sagt, das ist ja so, wir werden ja immer konfrontiert, und das wisst Ihr ja alle, nach dem Motto, es gibt ja gar keine Kürzungen. Also wir machen ja sogar kleine Erhöhungen, 0,88 %. Und diese Ideologie in gewisser Weise auch zu durchbrechen und zu sagen, was das eigentlich bedeutet und was das in gewisser Weise auch bedeutet für die Beschäftigten, und vor allen Dingen natürlich auch im Zusammenhang damit, dass Sie ja eigentlich diejenigen sind, die mehr arbeiten sollen, und das in einem der wichtigsten Bereiche, die völlig, wie wir ja auch wissen, wollen mal sagen, nicht ordentlich geachtet werden und wo es eigentlich kaum jemanden gibt in dieser Stadt, der sagt, dass in diesem Bereich vernünftig bezahlt wird. Jeder weiß, dass in diesem Bereich, gerade im sozialen und kulturellen Bereich, zu wenig bezahlt wird, ganz dramatisch natürlich bei den Freien, aber auch in allen anderen sonstigen Bereichen. Und das ist eigentlich das große Thema, was wir auch, finde ich, bewegen müssen und wo wir auch versucht haben, das so ein bisschen zuzuspitzen.

Wir haben festgestellt, das zeigt diese Runde ja auch so ein bisschen, dass wir da eine gewisse Schwäche noch haben zugegebenermaßen im Zusammenhang mit den Gewerkschaften. Es gibt jetzt ein Statement von Verdi zu dieser Fragestellung, wo sie das in gewisser Weise immerhin ansprechen, dass das nicht ausreichend gemacht wird in diesem Haushalt, eine Stellungnahme, die gerade in den letzten Tagen rumgeschickt worden ist. Aber die Formulierung dazu finde ich noch sehr defensiv. Das

heißt, wir müssen dort in den Bereichen in gewisser Weise noch mal stärker wirken. Die Art und Weise gegenwärtig, wie der Tarif gehalten wird, ist eine Art und Weise gegen die Beschäftigten gerichtet, die vor allen Dingen in diesem sozialen und kulturellen Bereich arbeiten. Das müssen wir stärker zum Ausdruck bringen, und ich finde auch, dass wir da unsere Bataillone noch nicht alle richtig zusammen haben, die wir zusammen haben könnten, um dort auch etwas machen zu können.

Das Zweite ist, wir werden selber – also für uns ist dieser Abend derjenige gewesen, wo wir praktisch noch mal genau diese Frage der Bedarfe und dessen, was man eigentlich braucht, zusammenfassen und noch mal überlegen, wie stellen wir uns eigentlich insgesamt auf. Also das, was ... (?) aufgezählt hat mit 100 Millionen, wird es noch nicht ausreichen – das, was man eigentlich braucht und was wir heute Abend hier zusammengestellt haben, wir werden die nächsten zwei, drei Wochen damit verbringen, auch die Erfahrungen, die wir gemacht haben in den Haushaltsberatungen, zusammenzutragen und ein Programm so ein bisschen weiterentwickeln und auch dessen, was das Sofortprogramm gewesen ist, was wir im Sommer präsentiert haben und wo wir praktisch noch mal sagen werden, was braucht dieses Stadt gegenwärtig eigentlich. Und das ist von daher das Entscheidende, mit dem wir praktisch uns präsentieren werden und in diese Debatte auch hineingehen werden innerhalb der Bürgerschaft und wo wir auch noch mal deutlich sagen werden, dass wir uns nicht nur auf diese Frage von Kürzungen beziehen werden, sondern darauf, wie eigentlich diese Stadt sich sozial und kulturell aufstellen soll. Das wird einer der entscheidenden Punkte sein, da werden die verschiedenen Aspekte, wollen mal sagen, auch Gender Budgeting ein Punkt sein, da werden die verschiedenen Aspekte, die hier dargestellt worden sind, ein wichtiger Punkt sein. Denn das ist natürlich dasjenige, was im Zentrum dessen stehen wird, gerade die soziale und kulturelle Infrastruktur von dem, was wir machen wollen.

Von daher ist es für uns, finde ich – deswegen waren wir auch die Lehrenden, also die Volkshochschule für uns als Abgeordnete, und das war für uns von daher auch, wollen mal sagen, sehr spannend. Ihr werdet sehen, was wir für ein Programm dabei entwickeln.

...(ohne Namensnennung): Wir waren die Lernenden, nicht die Lehrenden.

Norbert Hackbusch: Wir waren die Lernenden, gut so weit. Ich will mich noch mal kurz bedanken, vor allen Dingen bei Norbert und Ronny, die den Abend hier mit vorbereitet haben, das war ja auch unheimlich viel Arbeit, und bedanken bei allen anderen, die so lange durchgehalten haben und uns so viel Input gegeben haben. Und ich wünsche Euch noch einen schönen Restabend.

Hamburg, 10. November 2016

Schreibservice Steinhoff